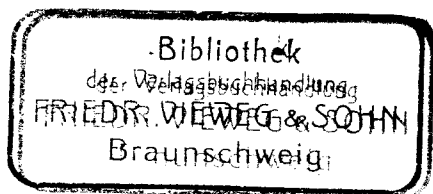


UB Braunschweig

84



2300-631-1





Ein  
wichtiger Beitrag  
zur

Beantwortung der Fragen

Wer darf die Einwohner der Kurbraunschweigischen Staaten,  
während der französischen Okkupation derselben, mit  
Rechtsbestande besteuern?

und

Können bei dieser Gelegenheit allgemeine Schulden auf das  
Hannöberische, rechtsverbindlicher Weise, gemacht werden?

*Verantwortung  
König*



U e b e r   E i n i g e  
w e l c h e   d a s  
P u b l i k u m   i n   D r u c k s c h r i f t e n  
r ü c k s i c h t l i c h   m e i n e r  
h a b e n   b e l e h r e n   w o l l e n  
a l s   e i n  
w i c h t i g e r   B e i t r a g  
z u r

B e a n t w o r t u n g   d e r   F r a g e n

W e r   d a r f   d i e   E i n w o h n e r   d e r   K u r b r a u n s c h w e i g i s c h e n   S t a a t e n ,  
w ä h r e n d   d e r   f r a n z ö s i s c h e n   O k k u p a t i o n   d e r s e l b e n ,   m i t  
R e c h t s b e s t a n d e   b e s t e u e r n ?

u n d

K ö n n e n   b e i   d i e s e r   G e l e g e n h e i t   a l l g e m e i n e   S c h u l d e n   a u f   d a s  
H a n d v e r i s c h e ,   r e c h t s v e r b i n d l i c h e r   W e i s e ,   g e m a c h t   w e r d e n ?

v o n   d e m

H o f r i c h t e r ,   a u c h   L a n d s   u n d   S c h a t z r a t h e  
v o n   B e r l e p s c h .

---

Couscia mens recti famae mendacia ridet.

Ovid.

---

1   8   0   4 .

[Kommisshandlung, Bindung.]



# Inhaltsanzeige.

---

	Seite.
1.) Vorerinnerung . . . . .	1
2.) Rehberg . . . . .	18
3.) von Martens . . . . .	20
4.) Reßler . . . . .	71
5.) Der Verfasser der Druckschrift: Hannover wie es war, ist, und werden wird. . . .	73
6.) Schluß. . . . .	91

# V e r z e i c h n i ß d e r U n t e r l a g e n.

---

	Seite.
<b>I. Ein Pro Memoria aus dem sogenannten Kalenberg-Grubenhagenschen Landesdeputationskollegio vom 9. Junius 1804.</b>	98
<b>II. Gerichtliches Protokoll und Zeugniß resp. vom 1. und 5. Februar 1799.</b>	101
<b>III. Schreiben des Buchhändlers Friedrich Hermann Neßler zu Hamburg an den Hofrichter von Berlepsch. Hamburg, den 25. Mai 1804.</b>	107



## I.

## V o r e r i n n e r u n g .

Es ist allgemein bekannt, wie ich mich, bey der französischen Eroberung der Kurbraunschweigischen Staaten im Jahr 1803, benommen habe. Nur Stumpfheit des Verstandes, oder Bosheit des Herzens können in meinem Betragen eine leidenschaftliche Rache gegen mein Vaterland wahrnehmen. Sie würde, wenn sie Statt finden könnte, und eingetreten wäre, die einzige in ihrer Art seyn, denn sie hätte das doppelte Resultat, als ihren unzertrennlichen Gefährten, geliefert: Einen Theils, daß ich bemüht gewesen bin, zwey Kurbraunschweigische Provinzen dem französischen Ausfaugungssysteme zu entziehen, und folglich diese — die Fürstenthümer Göttingen und Grubenhagen — gegen Armuth, Kummer und Elend zu sichern, dem sie nun auf mehrere Generationen, ausgesetzt sind, und andern

Theils, daß ich nicht gesucht habe, aus der  
 Eroberung der Kurbraunschweigischen Lande durch die  
 Franzosen, für mein Privatinteresse den mindes-  
 ten Vortheil zu ziehen. Ich wünsche einem jeden  
 Staate solche rachsüchtige und egoistische Unthertha-  
 nen — Staatsbürger von solchen positiven und ne-  
 gativen Tugenden. Sie würden in die schönsten Tage  
 älterer und neuerer — nun längst begrabener — Re-  
 publikken gehören. Die mir beigemessene Rachsucht,  
 und der mir schuldgegebene Egoismus ist also baarer  
 Unsinn, — aber so unsinnig, als wenn man jeman-  
 den beschuldigen wollte, daß er gegen seinen Beleidig-  
 er Rache ausübe, wenn er ihm, bey dem Besitz  
 zweier Güter, das eine für eine feindliche Ausplün-  
 derung gerettet hätte, oder, es gegen dieselbe zu  
 sichern, bemüht gewesen wäre.

Solche Beschuldigungen, als gegen mich vorge-  
 bracht sind, beweisen aufs klärste, daß man mir  
 nichts — gar nichts — zur Last zu legen im Stan-  
 de sey.

Wie könnte ich auch gegen mein Vaterland rach-  
 gierig seyn, da es mich nie beleidiget hat. Ein  
 Paar — an Kopf und Herz gleich verdorbene Staats-  
 beamte des Hannöversischen, die es unglücklich genug  
 gemacht haben, und einige Faktionäre, welche sich

Kalenbergische Landstände nannten, worunter der, dem Publiko aus so manchen, zu seiner Wissenschaft gekommenen Vorgängen, von keiner rühmlichen Seite bekannt gewordene Feldmarschall, Herr Reichsgraf von Wallmoden-Gimborn, einen vorzüglichen Platz einnimmt, machen ja die Kurbraunschweigischen Lande — mein Vaterland — nicht aus. Doch diese Bemerkung nicht weiter verfolgt, muß ich, zur endlichen Abfertigung des ganzen aus Licht getretenen Geschreibsels, über mein, in der letzten Hälfte des Jahrs 1803 stattgefundenes Betragen, folgende, für ein jedes, nicht ganz kranke Gehirn unumstößliche Wahrheit anführen. Angenommen — aber nicht zugegeben — daß ich — wie sich ein neuer Pasquillaut \*) ausdrückt:

„ — in dem Pfuhl der gehässigsten Affekten —  
 „ des unbändigsten, niederträchtigsten Egois-  
 „ muß lichterloh brennte“;

so kommt es nicht auf meine Affekten — nicht auf ihre Beschaffenheit — nicht auf den mir schuldgege-

---

\*) S. die Druckschrift: Hannover, wie es war, ist, und werden wird, zweites Heft, S. 24, und erstes Heft, S. 33.

benen Egoismus — nicht auf die Art desselben — nicht auf die Flamme meiner Leidenschaften; sondern lediglich darauf an:

Ob die Meinung, die ich im Herbst 1803 öffentlich geäußert habe, und ob die, zur Unterstützung derselben, in drei Druckschriften \*) von mir vorgetragenen Gründe die Probe halten, oder ob beide, sie zu bestehen, nicht vermögen?

Bleiben sie — meine Meinung und meine Gründe — oben, so ist das Motiv sehr gleichgültig, welches

\*) S. 1) von Berlepsch „Öeffentliche Erklärung und feierliche Verwahrung, die Besteuer, und Beschätzung des Fürstenthums Göttingen betreffend.

2) von Berlepsch „Abfertigung des von Hedemannschen Zurufs zc.

3) von Berlepsch „Wer darf die Einwohner der Kurbraunschweigischen Staaten, während der französischen Okkupation derselben, mit Rechtsbestände besteuern? und können, bei dieser Gelegenheit, allgemeine Schulden auf das Hannöversische, rechtsverbindlicher Weise, gemacht werden?

mich angetrieben hat, dieselben öffentlich bekannt zu machen. Vernünftige — leidenschaftlose Menschen und Schriftsteller halten sich an die Sache und nicht an die Person; leichtsinnige Köpfe oder Pasquillanten beobachten dagegen ein entgegengesetztes Verfahren. Von meiner Person, — vom Subjekte — kann folglich, vernünftiger Weise, die Rede nicht seyn; desto mehr aber von der Sache — von den, von mir abgehandelten Objecten. Ich habe, wie ich glauben darf, in meiner letzten Druckschrift, dasjenige, worauf es nur ankommen kann, in ein so helles Licht gesetzt, daß alle Schreier gegen mich verstummt sind, daß der neue Pasquillant diese dritte Ausführung meiner wohl begründeten Meinung sehr weislich mit Stillschweigen übergangen hat, und daß er in seiner Rhapsodie, die sich nicht selten widerspricht, den materiellen Vertheidiger meiner öffentlichen Erklärung und feierlichen Verwahrung u. und der guten Absicht, welche mich, bei ihrer Bekanntmachung und bei der fernern Vertheidigung derselben, geleitet hat, offenbar abgiebt. Gleich der erste Artikel seines herausgegebenen unvollständigen Verzeichnisses über Sachen und Menschen im Hannöverschen unter der Rubrik

„A n l e i h e n“

bestätigt meine Behauptung auf das überzeugendste.  
Er schreibt — sehr wahr — das Ende vom Liede  
„Anleihen“ sey

**D e s t r u k t i o n u n d R u i n ,**  
und er unterstützt diese Meinung, der ich vollkommen beypflichte, mit folgenden starken, zum Theil bildlichen Gründen:

„Wenn besonders der Fall eines feindlichen  
„Ueberzugs eintritt, so läßt sich zwar nicht  
„leugnen, daß man dadurch, daß man die  
„baaren Forderungen des Feindes mit Anlei-  
„hen abzukaufen sucht, den unmittelba-  
„ren Angriff auf die, den einzelnen Staats-  
„bürgern gehörigen Vorräthe mehr abhält,  
„und so bewirkt, daß das Land, im Aeuß-  
„fern viel länger eine, den Ruin verbergende  
„Gestalt behauptet. Aber, da der Landeskres-  
„dit und das wahre Landeskapi tal jene eben  
„vorräthigen und erreichbaren Subsisten-  
„zen ganz unendlich übertrifft; so führt die  
„Anwendung jenes Kredits zu einem viel  
„größern und bleibendern Verderben: — es  
„nimmt die Fonds selbst, welche der Feind  
„wohl unangetastet lassen mußte, hinweg,  
„und pumpt Blut, Saft und Leben aus dem

„unglücklichen Lande! Es ist eine Operas-  
 „tion, gerade wie die der Ornithologisten,  
 „da sie den Vogel — ausblasen, so daß  
 „er zwar die äußere Gestalt eines Vo-  
 „gels behält; übrigens aber es sich mit ihm  
 „ein für allemal ausgevogelt hat. Da-  
 „gegen siehet ein, bei lebendigem Leibe,  
 „gerupfter Vogel zwar sehr häßlich und  
 „ekelhaft aus: aber — die Federn wachsen  
 „ihm bald wieder, und dann ist er wieder  
 „Vogel — Vogel in jedem Sinne des Worts,  
 „In Hannover hat man zu dem Anleihe-  
 „stem seine Zuflucht genommen; hat aber da-  
 „bei sich so benommen, wie sich Leute zu be-  
 „nehmen pflegen, die die Sache nicht bei'm  
 „rechten Ende anzugreifen verstehen, und ich  
 „getraue mir zu beweisen, daß dadurch sehr  
 „große Summen für das Land verloren ge-  
 „gangen sind, welche man theils sparen, theils  
 „wenigstens im Lande hätte erhalten kön-  
 „nen. Diesen letzten Punkt, d. i. den Haupt-  
 „punkt hat man überhaupt gar keiner gehörig-  
 „gen Aufmerksamkeit gewürdigt. Ich muß  
 „gestehen, ich mag nicht an der Stelle der  
 „Herren Dirigenten der Anlehngeschäfte ste-

„hen, wenn's einst heißt: „„Setzt verant-  
 „wortet einmal die Schritte, welche ihr tha-  
 „tet.““ Waren diese Schritte nothwendig? —  
 „und wenn sie es waren, habt ihr, mit ein-  
 „sichtsvoller Klugheit, als Leute, die die Sa-  
 „che verstehen, unter mehreren Mitteln die be-  
 „sten für den, durch Nothwendigkeit, gegeb-  
 „nen Zweck gewählt?“ —

Habe ich durch meine erste Druckschrift, „Öeffent-  
 liche Erklärung ic.“ dem Schuldenmachen und dem  
 damit innigst zusammenhängenden, den Kurbraun-  
 schweigischen Staaten so äußerst nachtheiligen An-  
 leihesystem nicht ein Ende zu machen gesucht? War  
 meine Absicht, das Hannöversische kreditlos zu ma-  
 chen, nicht eine der vorzüglichsten, welche mich, bei  
 der Entwerfung und Bekanntmachung jenes Flug-  
 blattes und der darauf aus meiner Feder weiter ge-  
 flossenen Druckschriften, geleitet hat? War dieses  
 Bemühen, nach dem eben Vorgetragenen, nicht pa-  
 triotisch? nicht lobenswerth? Habe ich auf diese Art  
 die Destruktion und den Ruin meines Vater-  
 landes nicht verhüten wollen? Bin ich nicht bemüht  
 gewesen, um die, von dem eben angeführten Schrift-  
 steller gebrauchte Metapher beizubehalten, den Kur-  
 braunschweigischen Unterthanen die Gestalt eines zwar



gerupften, aber nicht ausgeblasenen Vogels zu erhalten? zu bewirken, daß die Franzosen das Hannöversche nicht zum todtten Vogel machten, sondern seinen unglücklichen Bewohnern wenigstens die Gestalt eines, zwar gerupften, häßlichen und ekelhaften, jedoch lebendigen Vogels ließen, damit mein Vaterland bald ein Vogel — Vogel in jedem Sinne des Wortes — durch ein, auf eine geschickte und feste Art, bewirktes baldiges Wachsen der Spiralfedern eines Landes wieder würde?

Meine Gegner haben die so eben aufgestellten Fragen für mich schon beantwortet. In der Druckschrift „Ein Wort zu seiner Zeit“ heißt es nämlich Seite 5 ausdrücklich:

„Meine erste Druckschrift „„Deffentliche Erklärung ic.““ könne nur eine zwiefache Tendenz haben; einmal Mißtrauen im Lande selbst gegen die niedergesetzten Auktoritäten hervorbringen, und zweitens, dem Ausländer einige Zweifel gegen die Sicherheit der Anleihen, welche sämmtliche Landschaften machten, zu erregen, das heißt mit einem Wort, das Hannöversche kreditlos zu machen.“

Ein größeres Lob, als mir von meinen Gegnern,

in diesen letzten Zeilen ihrer Druckschrift gegeben ist, konnte meinem Betragen, bei der Eroberung meines Vaterlandes durch die Franzosen, nicht leicht ertheilt werden. Wollte ich den Zweck — nämlich das Hannöversche in der Absicht kreditlos machen, damit es sein Eroberer, in Metallwerth verwandelt, nicht exportiren und auf diese Art demselben nicht das Garaus machen konnte — erreichen, so war es wohl sehr natürlich und nothwendig, von den Schuldenmachern — von den politischen Vogelansbläsern — von denjenigen zu reden, welche eine wunderliche Mischung von Regenten und Landesadministratoren ausmachen, und die den Kurbraunschweigischen Staaten nicht etwa die Federn ausrupfen, sondern, indem sie die Fonds angreifen, unserm gemeinschaftlichen Vaterlande das Blut auspumpen, und ihm auf beständig alles Leben zu nehmen drohen.

Ich habe auf die siegreichste Weise gezeigt, daß es diesen Schuldenmachern an aller rechtlichen Befugniß durchaus ermangelt, allgemeine Landessschulden zu kontrahiren, und daß kein Anleiher sicher ist, dasjenige erstattet zu erhalten, was er den sogenannten Landesdeputirten in Hannover borget. Sie sind sehr tadelnswerthe Handlanger des Eroberers der Kurbraunschweigischen Staaten. Nachdem dieser eine

## — II —

Executivkommission niedergesetzt hatte, so gehörte es lediglich für diese, Steuern auszusprechen und Schulden zu machen, wenn sie Anleiher fand, die entweder einfältig genug waren, oder gegen das unglückliche Land feindselig genug dachten, um ihr, auf Kredit des Landes, Geld herzuliehen, welches diese Gläubiger demnächst mit gewaffneter Hand, zurück zu begehren, im Stande waren. Alle ehemalige legislativen Behörden im Hannöverschen hatten, wenigstens in dem Augenblick der angeordneten Executivkommission, ihre Wirksamkeit verloren; sie waren sistirt. Denn jene, von dem Eroberer konstituirte Auktoritäten verschlang, — wenn anders Völker- und Staatsrechtliche Logik noch etwas gilt, die sonst vorhandene gesetzgebende Gewalt und ihre Beschränker — die Landstände — in den Kurbraunschweigschen Staaten.

Wie höchst nachtheilig das sogenannte Landes-Deputations-Kollegium für die Hannöverschen Unterthanen sey — von dieser Schädlichkeit ist ein ganz neuer, sehr merkwürdiger Beweis \*) vorhanden.

---

\*) Ein anderer ist darin zu finden, daß man befohlen hat, alle Kirchengelder und Kirchenkapitalien dem so-

Da der auswärtige Kredit der Schuldenmacher in Hannover ein Ende genommen hat, so ist das, in der Anlage I. befindliche Pro Memoria vom 9ten Junius 1804, aus dem sogenannten Kalenberg-Grubenhagenschen Landes-Deputations-Kollegio, in alle Amts- und Gerichtsdistrikte des platten Landes der Fürstenthümer Kalenberg, Grubenhagen und Göttingen, erlassen worden. Die Beamten werden darin mit sehr süßen Worten und unter der Auslobung sehr ansehnlicher Belohnungen (derjenige Beamte z. B. der von seinen Amtsunterthanen 20000 Rthlr. zusammenpreßt, bekommt, bloß für seine Bemühung, 1000 Rthlr., die er von den, den Unkundigen abgelockten Geldern sofort abziehen berechtigt seyn soll,) aufgefordert und befohlen:

„ihre Amts-, oder Gerichtsunterthanen zu er-  
 „muntern, dem Landes-Deputations-Kollegio  
 „ihre zinslos liegenden Gelder anzuleihen, d. i.  
 „mit andern Worten, sie den Franzosen, durch die  
 „sogenannte Landesdeputation, zu überliefern;  
 „folglich die Unterthanen darum zu bringen.“

---

genannten General-Landes-Deputations-Kollegio anzuleihen.

Hoffentlich werden Gerichtspersonen, welche ihrer Pflichten eingedenk sind, sich nicht durch ihr Privatinteresse bestechen lassen, das Werkzeug des Ruins des Amts oder Gerichts, dem sie vorgesetzt sind, zu werden, indem sie die ihnen zugetheilte Rolle der Untermäkler der französischen Ober-Geldmäkler in Hannover übernehmen.

Denn auch die Frage ganz bei Seite gesetzt: ob die Kurbraunschweigischen Unterthanen diejenigen Anleihen je wieder erstattet bekommen werden, deren Kontrahirung aniekt, gegen den ausdrücklich erklärten Willen ihres rechtmäßigen Regenten, beabsichtigt wird? so ist es sonnenklar, daß, wenn die unglücklichen Hannöversischen Bauern ihre Spar- und Nothpfennige, thörichter Weise, den Franzosen überliefern, wohin die neue Finanzoperation doch am Ende hinausläuft, weil das sogenannte Landes-Deputations-Kollegium nur das Werkzeug ausmacht, wodurch der Eroberer den Eroberten ihr Geld auf eine feine Weise abnimmt, und wenn in der Folge etwa neue Kontributionen oder Requisitionen ausgeschrieben, oder die alten wiederholt zu bezahlen sind, die Kalenberg-Grubenhagenschen und Göttingschen Bauern, zur Bezahlung und Befriedigung derselben, entweder im Auslande Gelder zu den lästigsten Bedingungen

erborgen müssen, oder ihr Vieh und ihre fahrende Habe durch Executionen, womit die Beamten im Hannöverschen anseht gleich bei der Hand sind, verlieren werden. Eine schädlichere Verfügung, als in diesem Pro Memoria, gezeigtermassen, enthalten ist, hätte nicht leicht erdacht werden können. Sie wirft das ungünstigste Licht auf diejenigen, welche sie erdacht und bekanntgemacht haben. Sie rechtfertiget die schon vorhandene Volksfage, wozu die in der eben angezogenen neuesten Druckschrist enthaltene Darstellung: „Wie Hannover ist“ auf allen Seiten Beyträge liefern möchte,

„daß die sich zu den zeitigen Landesvätern  
 „aufgeworfene Herren in Hannover alles, ganz  
 „systematisch, zum gänzlichen Ruin des Lan-  
 „des, anlegen, um nur mit dem nahen  
 „Feinde in Ruhe und Verträglich-  
 „keit fortleben zu können; wobei  
 „sie zuverlässig den mindest leiden,  
 „den Theil ausmachen.“

Es ist mir überhaupt unmöglich, die Existenz derselben, wenn ich sie auch bloß von der politischen Seite betrachte, für ein Glück des Landes zu halten. Sie können, wenn man ihnen eine Wirksamkeit zugesuchen wollte, doch nur für mittelbare französische

Auktoritäten angesehen werden. Sie machen einen wahren Kunstgriff des schlaunen Feindes aus, um dem Hannöverschen nach und nach alle Lebenskraft auszupumpen. Sie sind folglich nachtheiliger, als wenn die Franzosen andere Auktoritäten unmittelbar eingesetzt hätten.

Bei einer Eroberung, wie die der Kurbraunschweigischen Staaten durch die Franzosen ist, da sie von langer Dauer seyn wird, und da diese Reichslande nie dazu gemacht sind, um ein integrierender Theil des französischen Gebiets zu werden; folglich kein einziger befriedigender Grund angegeben werden kann, um das unglücklichste aller Länder zu schonen, wäre es am rathsamsten gewesen, den Eroberer nehmen zu lassen, was er fand. Mehr konnte er doch nie bekommen, und er mußte bei diesem Zugreifen, seiner eigenen Existenz wegen, doch immer eine gewisse Mäßigung eintreten lassen. Es verboten sich folglich alle militärische Executionen, d. h. Sengen, Brennen und Plündern, sobald diese Mittel allgemein angewandt werden sollten, von selbst. Ihre Androhung hätte nur einen kriegerischen Terrorismum ausgemacht, wofür gesetzte Gemüther sich eben so wenig fürchten durften, als das Militär den Feind scheuen darf, wenn es zur Landesvertheidigung be-

stimmt ist. Die Maafregel, „den Feind so viel, nehmen zu lassen, als er finden kann,“ ist, — so sehr sie auch anfänglich die Sinnlichkeit beleidigt, — einem Lande, welches sich in einer solchen Lage, wie das Hannöversche, befindet, lange nicht so nachtheilig, wenn man auf die Folgen sieht, als ein künstlich angelegtes Ausaugungssystem, bey welchem man selbst einen Theil der weidlichen Landeseinwohner, dazu braucht, seinen Mitbürgern nach und nach, ganz systematisch, den letzten Blutestropfen abzapfen, und auf diese Art dem Lande das Garaus zu machen. Eine solche Operation haben die Franzosen mit dem Hannöverschen vorgenommen. Diese ist der Zweck und das endliche Resultat der Existenz des sogenannten General-Landes-Deputations-Kollegii und der so betitelten Provinzial-Landes- und Landschaftlichen Deputationen. Alle diese neuen, sich selbst konstituirtten Behörden, führen den Tod des Landes, durch eine politische Schwinds oder Dörrsucht herbei, da man es, nach der feindlichen Politik, an einem politischen Schlagfluß nicht hat sterben lassen können, noch wollen, weil es beim Frieden mit den Britten, als ein Kompensationsgegenstand gebraucht werden soll. Aus der eben hergesetzten Bemerkung folgt unwidersprechlich, daß eine gesunde,



d. i. eine furchtlose und patriotische Politik, nach welcher die Zeitgenossen das Unglück eines feindlichen Ueberzuges standhaft zu ertragen haben, weil ihren Nachkommen ein gleiches Uebel bevorstehen kann; daher jene kein Recht haben, es auf diese zu wälzen, mit demjenigen in der genauesten Uebereinstimmung steht, was ich in völker- und staatsrechtlicher Rücksicht in meiner letzten Druckschrift auseinandergesetzt habe.

Diese scheint selbst bei meinen rüstigsten Gegnern einen lebhaften Eindruck gemacht zu haben. Denn bald nach ihrer Erscheinung sagte sich der Königlich-Englisch-Britannische und Kurbraunschweig-Lüneburgische geheime Kanzleisekretär und Oberzentralsinspektor, Rehberg, ob er gleich, wie es verlautet, der einzige vortragende und expedirende Sekretär in der französischen Exekutiv-Kommission zu Hannover ist, in dem Hamburgischen Korrespondenten und in dem Reichsanzeiger von aller, ihm von mir beigemessenen Theilnahme an der Druckschrift: „Ein Wort zu seiner Zeit. Zur Berichtigung einiger, durch die öffentliche Erklärung und feierliche Verwahrung des Hofrichters, Land- und Schatzraths von Verlesch, die Bestener und Beschätzung des Fürsten-

thums Göttingen betreffend, in Umlauf gebrachten Ideen," völlig los.

### R e h b e r g.

Ein jeder, der an den Verwickelungen, worin ich mit der Kurbraunschweigischen Regierung gerathen bin, einigen Antheil genommen hat, weiß es, in welchem Verhältnisse ich mit diesem Hannöverschen Staatsbeamten stehe. Auch ist des Herrn Rehbergs Art und Weise zu handeln der literarischen Welt bekannt genug. Nach dieser hat er sich nicht selten der Anonymität bedient, um die Ehre seiner Mitbürger zu kränken \*). Besonders hat er sich dieses Betragens gegen mich schuldig gemacht. Die Druckschrift: „Aktenmäßige Berichtigung der Schrift des Herrn Hofraths H ä b e r l i n über meine Dienstentlassung, (1797)“ deren Verfasser zu seyn er demnächst bekannt hat, deren Werth längst gewürdigt worden ist \*\*) und in welcher er — dreist genug —

---

\*) S. Falk Taschenbuch für Freunde des Scherzens und der Satyre, 1799. S. 211.

\*\*) S. (Remer) Die Stimme eines Staatsbürgers in meiner Rechtsache und das Journal, Genius der Zeit, Jahrg. von 1797. Pag. 505 ff.

die Veranlassung dazu gab, den Streitpunkt zu verändern, und Gegenstände in die Verhandlung zu ziehen, welche derselben ganz fremd waren, und die folglich dahin nie gehören konnten, verschafft hierüber den hellsten Beweis. Mit eben der schnellen Leichtfüßigkeit, womit er damals gegen mich, bloß in der Absicht schrieb, um mir zu schaden, und dem Herrn Reichskammergerichts - Assessor von Bremer zu dienen, und die es veranlaßte, daß er, bei der, in der Podewitzschen Druckerei in Hannover bei Licht verrichteten Korrektur, den zu verbessernden Druckbogen verbrannte, ist die Druckschrift: „Ein Wort zu seiner Zeit &c.“ im Publiko erschienen, deren Tendenz ebenmäßig dahin geht, mich in ein, mir nachtheilig seyn sollendes Licht zu stellen. Herr Rehberg ist bekanntlich ein Freund der Beweise, welche aus der Natur der Dinge hergenommen sind. Es wird mir daher erlaubt seyn, daß ich, — da es hier nicht auf einen, vor Gericht zu führenden, Beweis ankommt, aus dem ganzen Betragen des Herrn Rehbergs — aus seiner Neigung gegen mich — aus der Ähnlichkeit des Styls in beiden Druckschriften: „Aktenmäßige Berichtigung &c. und Ein Wort zu seiner Zeit &c.“ — aus dem leichten Gehalt beider Flugblätter — aus der völlig gleichen

Tendenz, die sie haben, und aus der Eile, mit welcher beide geboren sind; folglich aus allen Umständen, mithin aus der Natur der Sache den Beweis hernehme, daß der, in der französischen Exekutiv-Kommission zu Hannover funktionirende wichtige Mann, Rehberg, seines Leugnens ungeachtet, wodurch er genugsam bewiesen hat, daß ihm eine der ersten Rechtsregeln: „Leugne, wenn du es gethan hast“ nicht unbekannt sei, der Verfasser des Impressi: „Ein Wort zu seiner Zeit ic.“ sei und bleibe.

Käme es auf einen, vor Gericht zu führenden, Beweis an, so würden sich wohl noch Beweismittel finden lassen, die seine Autorschaft in förmliche, juristische Gewißheit setzen. Da dieser Fall aber nicht vorhanden ist, so glaube ich beim Publika, durch die beigebrachte Wahrscheinlichkeit, genug geleistet zu haben, die hier die Stelle der Gewißheit vertreten kann.

#### v o n M a r t e n s.

So wie sich dieser schon seit längerer Zeit \*) mit dem Herrn Rehberg in einer ihm wenig Ehre

---

\*) Des Herrn Hof- und Kanzleiraths v. Martens

bringenden Verbindung gegen mich befindet, so hat er neuerlich einen wiederholten Beweis dieser Association gegeben. Gleich nach der eben angeführten Rehbergischen Aeußerung erschien in den Hannoverschen Anzeigen vom Jahre 1804. Nro. 28. Seite 842 — 843 und Nro. 29. S. 876 u. eine derselben ähnliche Erklärung des Herrn Hofraths und Professors des Völker- und Staatsrechts, von Martens zu Göttingen. Sie lautet folgendermaßen:

„In einer neuen Schrift des ehemaligen \*)  
„Hofrichters von Berlepsh, unter dem Titel:  
„Kritik der beiden Druckschriften u. \*\*), wird Seite

Betrachtungen über das Memoire vom 1sten Febr. und den dazu gehörigen Nachtrag vom 19ten März 1798, welche Herr Friedrich Ludwig v. Berlepsh an den Kongreß zu Rastadt gerichtet hat. (1798.)

\*) Warum gibt mir der Herr v. Martens nicht den Titel, der mir nach rechtskräftigen Erkenntnissen, gebührt? Das Oelische Oberapellations Gericht erkennt mich ja, sowohl der Form, als der Materie nach, für keinen ehemaligen Hofrichter.

\*\*) Welchen Grund mag Herr v. Martens wohl gehabt haben, diesen Titel zu wählen, und den wichtigern

„IIS in einer Note behauptet. Als ich dem General Mortier das hiesige Museum gezeigt, hätte ich darüber Entschuldigungen gemacht, daß das Bildniß Sr. Königl. Großbritannischen Majestät noch im Museo befindlich wäre. Diese Behauptung ist völlig un wahr. In dem Museo ist gar kein Bildniß des Königs anzutreffen. Auf der Bibliothek steht dessen marmorne Büste; Wenn diese genannt seyn sollte, so hat wahrscheinlicher Weise der General Mortier diese Büste gesehen, wiewohl ich selbst das mit Gewißheit nicht behaupten kann; daß sie mehreren andern französischen Offizieren gezeigt worden, und verschiedene von ihnen nach der Aehnlich-

---

auszulassen: Wer darf die Einwohner der Kurbraunschweigischen Staaten, während der französischen Okkupation derselben, mit Rechtsbestande, besteuern? und können, bei dieser Gelegenheit, allgemeine Schulden auf das Hannöversche, rechtsverbindlicher Weise, gemacht werden? — Hat er etwa das Gewicht dieser Fragen, und die von mir gelieferte richtige Beantwortung derselben gefühlt, und daher ihre allgemeine Bekanntmachung im Hannöverschen zu hintertreiben gesucht? Denn sie folgte aus der Eindrückung seiner Erklärung in die Hannöverschen Anzeigen von selbst.

„keit und dem Künstler geforscht haben, erinnere ich  
 „mich sehr bestimmt. Allein so wenig gegen den Ge-  
 „neral Mortier, als gegen einen andern französ-  
 „sischen Offizier habe ich ein Wort geäußert, das  
 „auch nur entfernt auf eine für mich so unanständige  
 „Entschuldigung gedeutet werden könnte, wie sie  
 „Herr von Berlepsch mir beimist. Wer ihm  
 „diese Verläumdung erzählt habe, falls sie nicht ein  
 „Kind seiner furchtbaren Einbildungskraft ist, weiß  
 „ich nicht. Gehört kann er sie hier nicht haben;  
 „denn als er, General Mortier die hiesige Univer-  
 „sität mit seinem Besuche beerhrte, hatte schon der  
 „Einmarsch in Osterode die Bürger und Bauern  
 „auch der hiesigen Gegend über den Werth der Vor-  
 „spiegelungen des Herrn von Berlepsch gegen  
 „die Zahlung der Kriegssteuern belehrt, und seitdem  
 „hat er nicht für gut befunden, sich hier sehen zu  
 „lassen.“

Ehe ich dem Herrn von Martens näher tre-  
 te, und einen Theil meines ihm, am 2ten August  
 1798 öffentlich \*) gegebenen Versprechens erfülle, be-

---

\*) S. das Intelligenzblatt der Jenaischen allgem.  
 Litteraturzeitung, Jahrg. 1798. Nro. 120. S. 199 —  
 1000.

zeuge ich, wie unangenehm es mir sei, die Feder gegen einen Mann ergreifen zu müssen, mit dem ich in dem Jahrzehend von 1783 bis 1793 in sehr freundschaftlichen Verhältnissen gestanden habe, und für dessen fleißige Gelehrsamkeit und ausgezeichneten Geist das Gesammelte gut zu ordnen, ich die größte Hochachtung hege. So sehr ich auch von ihm öffentlich beleidigt worden bin, so wenig werde ich — ich, der ich ihn nie beleidigt, sondern ihm bei jeder Gelegenheit Beweise meiner Freundschaft und hochachtungsvollen Ergebenheit zu ertheilen bemüht gewesen bin, meine Feder in Gift und Galle tunken, wie er, zur Selbstbefleckung seines Ruhms, gethan hat. Nur strenge Wahrheit soll mich leiten. Verdammt ihn diese, so spricht diejenige Tugend, welche, bei allen Streitigkeiten, das Endurtheil billig fällen sollte, über ihn, das, vorzüglich hier vielbedeutende, Wort aus — schuldig.

Nach dieser kurzen Einleitung, wende ich mich zu meinem ehemaligen Freunde und werde mit ihm zuerst einige Worte über seine, in den Hannöverschen Anzeigen von diesem Jahre gesetzte Erklärung zu reden haben. Ich fange mit dem Ende derselben an. Hier heißt es: Ich hätte nicht für gut befunden, seit dem Einmarsche der Franzosen in Osterode, mich



in der Stadt Göttingen sehen zu lassen. Warum ich, seit dieser Epoche, keinen Fuß in mein Vaterland gesetzt habe, darüber ist die Ursache von mir in meiner letzten Druckschrift deutlich dahin angegeben worden: daß ich, für meine Person, unter den Befehlen der französisch-Hannoversischen Executiv-Kommission auch nicht einen Augenblick habe stehen wollen \*).

Wollte ich mir, wie sich Herr von Martens eben geäußert hat, eine gleiche Aeußerung erlauben, so könnte ich mit voller Wahrheit behaupten:

daß er sich seit der Zeit der Geburt eines, von ihm, in einer unglücklichen Stunde, empfangenen literarischen Kindes — der oben angezogenen Betrachtungen &c. — nicht für gut befunden habe, sich auf meinen Gütern in Hessen sehen zu lassen, die er sonst mit seiner Gegenwart öfters beehrte.

Er kann jedoch für seine persönliche Sicherheit daselbst vollkommen beruhigt seyn. Dem gebildeten Publikum muß es übrigens eine unerwartete Erschei-

---

\*) S. meine Druckschrift: Wer darf die Einwohner &c.  
S. 79.

nung seyn, wie ein Lehrer des Völker- und des deutschen Staatsrechts zu Göttingen behaupten kann, daß der Einmarsch der Franzosen in das Fürstenthum Grubenhagen die Bürger und Bauern der Göttingischen Gegend über den Werth der Vorspiegelungen belehrt habe, die gegen die Zahlung der Kriegssteuern von mir vorgebracht seyn sollen. Diejenigen Bürger und Bauern, welche der Einmarsch der Franzosen ins Grubenhagische von dem wenigen Werthe der, in meiner ersten Druckschrift enthaltenen Behauptung belehrt haben soll, müssen zum Göttingischen Pöbel gehören. Für diesen habe ich nicht geschrieben. Wer mich nach dem Ausgange meines Betragens, worüber ich mich in meiner letzten Druckschrift umständlich herausgelassen habe \*), beurtheilt, der gehört zu dieser Klasse, und der mag mit Fäusten argumentiren. Daß aber Herr von Martens sich einer gleichen Art zu schließen schuldig macht, und, in Ansehung meiner, von Vorspielungen redet, da ich auf der genauesten Linie des Völker- und deutschen Staatsrechts und einer

---

\*) S. meine Druckschrift: Wer darf die Einwohner 2c. C. 15 — 25.

gesunden Politik \*) stehen geblieben bin, das wird ein jeder Vernünftige an ihm höchlichst mißbilligen. Ich glaube in meiner letzten Druckschrift die Rechtmäßigkeit der ersteren, worauf es lediglich ankommen kann, genugsam gezeigt zu haben. Genügen die daselbst angebrachten Argumente meinen Gegnern noch nicht, wie es doch beinahe scheint, und will der Herr von Martens, Gründe anführen, die mich einer Hintansetzung der Geseze und einer gesunden Politik anklagen können, so habe ich noch andere Argumente zurückbehalten, welche die seinigen gewiß überwinden werden. Der gegen mich gebrauchte Ausdruck „Vorspiegelung“ ist also sehr unpassend und gereicht einem deutschen Lehrer des Völker- und deutschen Staatsrechts gewiß nicht zur Ehre. Die Anekdote, welche ich von dem Betragen meines Gegners in der, von ihm angezogenen Stelle meiner letzten Schrift habe drucken lassen, ist kein Kind meiner furchtbaren Einbildungskraft. Sie ist mir am 18.

---

\*) S. meine Druckschrift: Abfertigung des von Hedemannschen Jurufs 2c. S. 28 — 38 und meine Druckschrift: Wer darf die Einwohner 2c. S. 21. 93. u. f. w.

December 1803 von einem sehr zuverlässigen Korrespondenten in Hannover geschrieben worden, und eine Menge von Zeugen würde es bewahrheiten müssen, wenn es hier auf gerichtliche Beweise ankäme, daß sie in Hannover, Göttingen und Münden die Sage des Tages gewesen sei. Ist der Herr von Martens durch sie verläumdete worden, so bedaure ich ihn, weil diese Verläumdung deutlich anzeigt, daß er wenig Freunde im Publika haben müsse, und daß er ein Mann sei, zu dem man sich des Erzählten habe versehen können. Endlich scheint die ängstliche Pünktlichkeit des Herrn von Martens, nach welcher er unter dem Portrait und der marmornen Büste Sr. Königl. Großbritannischen Majestät einen Unterschied macht, und mich dahin berichtigt, daß diese nicht auf dem Museo, sondern auf der Universitätsbibliothek zu finden sei, — zwei Punkte, die sehr gleichgültig sind — den Verdacht zu begründen, daß an der Sage doch Etwas wahr seyn müsse. Wie hätte man auch sonst auf diese Anekdote verfallen können? und wie wäre es mir möglich gewesen, sie, durch die fruchtbarste Imagination, zu erfinden? Vielleicht hat Herr von Martens dem Beispiel, welches ihm in der Stadt Hannover gegeben war, nur folgen wollen. Dort sind, beim Einzuge der Franzosen,

alle landesherrliche Insignien vertilgt, und, was noch mehr ist, alle Justizkollegia der Kurbraunschweigischen Staaten haben ihre Titulaturen, auf eine beispiekkose Art, verändert.

Nach allem, bisher Angeführten, wird man mich eines leichtgläubigen Leichtsinnes, oder einer leichtsinnigen Leichtgläubigkeit nicht beschuldigen können, wenn ich dasjenige, was mir von Hannover geschrieben war, und womit eine allgemeine Tage in drei wichtigen Städten des Hannoversischen übereinstimmte, für wahr gehalten, und sie in der Ueberzeugung von ihrer Richtigkeit bekannt gemacht habe. Bei dieser Bekanntmachung habe ich, nach den dürren Worten der Note zu der 118ten Seite meiner Druckschrift: „Wer darf ic.“ keine andere Absicht gehabt, als einen Beweis von der Denk- und Handlungsart des Herrn von Martens zu geben. Sie ist dahin gerichtet, sich durch seine Aeußerungen und Handlungen denjenigen gefällig zu bezeugen, welche die Macht in den Händen haben. Ein älterer Vorgang hat mir diesen Charakter des Herrn von Martens deutlich entziffert. Seine Beschaffenheit ist es eben, die mich hat bewegen müssen, die von ihm bekannt gemachte Anekdote für wahr zu halten, und sie, als einen Beweis

darzulegen, warum er gegen mich und mein, zu Ra-  
stadt übergebenes, Memoire die eben angezogenen  
Betrachtungen geschrieben habe. Ich wünschte hier  
abbrechen zu können; allein es thut mir Leid, daß  
mich der Herr von Martens selbst gezwungen hat,  
fortzufahren.

## II.

Ich muß zeigen, daß ich die dringendste Ur-  
sache gehabt habe, die mir schriftlich und mündlich  
hinterbrachte Entschuldigung des Herrn von Mar-  
tens gegen den französischen General Mortier,  
in Ansehung des, an einem öffentlichen Ort sich be-  
findenen Bildnisses Sr. Großbritannischen Majes-  
tät für wahr zu halten. Diesen Beweis nehme  
ich aus dem Gehalte der von Martenschen Betrach-  
tungen über mein, zu Rastadt übergebenes Memoire  
her. Dasjenige Requisitions Schreiben, welches ich,  
zur Initiative meines bekannten Reichsgerichtlichen  
Processus, über die Anordnung der Aufrägal = In-  
stanz und eventualiter über die Wahl des Gerichts-  
standes bei einem der höchsten Reichsgerichte an den  
Herrn Herzog von Braunschweig = Kalenberg abge-  
lassen habe, ist von dem Herrn von Martens

nachgesehen. Es ist von ihm im Ganzen, sowohl nach der, Materie, als nach der Form, gebilligt worden, und nur einige unbedeutende Veränderungen sind von ihm vorgeschlagen worden. Er rieth mir aber am Ende eines von ihm den 21. August 1796 an seinen intimsten Freund, an meinen Amtmann Georg Christian Suntheim geschriebenen Briefes:

„Von der ganzen Klage zu abstrahiren, weil,  
 „den Umständen \*) nach, in Gemäßheit  
 „seiner Meinung, vorauszusehen sei, daß  
 „nichts herauskommen würde, und es denn  
 „noch schlimmer in den Augen derer sei,  
 „welche die Reichsgerichte für unpar-  
 „theiisch hielten.“

Daß alles dasjenige, was ich so eben angeführt habe, die reinste Wahrheit sei, davon kann sich ein Jeder, dem es gefällig ist, und der die Hand des Herrn von Martens kennt, durch den selbst eingenommenen Augenschein des eben erwähnten Briefes, vollkommen überzeugen. Ich habe ihn nicht mß-

---

\*) Hier sind die politischen vom Jahre 1796 wohl gemeint gewesen.

gen abdrucken lassen, weil ich dazu die Erlaubniß des Empfängers brauchte und zu delikar gewesen bin, um diese von ihm zu verlangen, da er sie mir, nach den Verhältnissen, in welchen wir zu einander stehen, nicht füglich hätte abschlagen können. Zu der Zeit, wie der Herr von Martens diesen, gewiß wichtigen Brief schrieb, war er nicht der Meinung, daß ich meine Staatsämter, ohne Urteil und Recht, deswegen verloren habe:

- a) weil von mir die, einem mir vorgesetzten höhern Tribunale schuldige Achtung, in meiner Amtsführung, auf eine ungebührliche Art, aus den Augen gesetzt worden wäre;
- b) weil ich mich, in einer, mich persönlich angehenden Sache, einer mehrjährigen Justizverzögerung schuldig gemacht hätte;
- c) weil ich es mir erlaubt, mich, wegen einer vermeintlichen Beschwerde, von meiner Dienstverwaltung zu suspendiren, nach Gefallen darin wieder einzutreten, und mich aufs neue wieder eigenmächtig zu suspendiren; und
- d) weil ich, der ich, nach meiner Dienstpflicht, zur Geheimhaltung der Landschaftlichen Deliberationen und meiner abgegebenen Stimme verbunden gewesen wäre, mich unterstanden hätte,



diese Andern mitzutheilen, und eine meiner Abstimmungen zur Bekanntwerdung zu verhelfen.

Nein! alle diese Punkte, auf welche in der, längst vor dem 21. August 1796 herausgekommenen elenden Rehbergischen Schrift, ein Bezug genommen war, achtete der Herr von Martens damals nicht. Ihm war das Gegentheil derselben sehr genau — sehr gut, bekannt. Er wußte es, mit dem ganzen teutschen Publiko, daß ich meiner Staatsämter, bloß wegen einer politischen Meinung, die ich hegen durfte, die meinen Kenntnissen, meinem Verstande und meinem wahren Patriotismo keine Schande macht, und die ich am rechten Ort, mit der größten Vorsicht, geäußert hatte, und sie gleichmäßig äußern mußte, kabinetsmäßig und auf die ehrenrührigste Art entsezt war. Dennoch konnte er, zwei Jahre nachher, eben das Gegentheil in einer Sache behaupten, die ihm sehr genau bekannt war, und worin er selbst die Feder geführt hatte. Er war dreist genug, zu leugnen, daß ich wegen politischer Meinungen kassirt sei, und zu behaupten, daß ich, der eben angezogenen vier Ursachen halber, meiner Staatsämter entlassen wäre. Wer

sich die Mühe nehmen will, die von Martens'sche Schrift nachzuschlagen, der wird sich von der Richtigkeit des Gesagten leicht überzeugen. Denn es heißt Seite 13 bis 15 derselben ausdrücklich:

„Aber es ist hier nicht von politischen Meinungen die Frage, wenn der Chef eines Justiz-Kollegiums die einem vorgesetzten höhern Tribunal schuldige Achtung in seiner Amtsführung auf eine ungebührliche Art aus den Augen setzt; wenn er in einer, ihn persönlich angehenden Sache sich einer mehrjährigen Justizverzögerung schuldig macht; wenn er, einer vermeintlichen Beschwerde wegen, sich erlaubt, sich selbst von seiner Dienstverwaltung zu suspendiren, nach Geschehen wieder darrin einzutreten, und sich aufs neue wieder eigenmächtig zu suspendiren. Es sind nicht politische Meinungen, wenn ein Landrath, den seine Dienstpflicht zur Gehemhaltung der Landschaftlichen Deliberationen und seiner eigenen abgegebenen Stimmen verbindet, sich unterfängt, diese ändern mitzutheilen; wenn er eine seiner Abstimmungen zur Bekanntwerdung verhilft.“

Ja, er sagt am Ende des zweiten §. seiner Betrachtungen über mein, zu Rastadt übergebenes, Memoire ganz unumwunden:

„Dies sind die Ursachen der Dienstentlassung des Herrn von Berlepsch: nicht „also politische Meinungen, sondern „Uebertretung der ihm obliegenden „Dienstpflichten; \*)

und im Anfange dieses §. heißt es:

„Er ist seiner Dienste entsetzt worden, wegen gröblicher Uebertretungen seiner Dienstpflichten.“

Es gehört wirklich eine sehr dreiste Stirne dazu, um eine solche Behauptung, gegen die genaue Wissenschaft, welche das Publikum von der Ursache meiner Dienstentsetzung erhalten hat, zu wagen.

Diese von Martens'sche Behauptung ist höchst unwahr — sie ist mit nichts bewiesen, — sie widerspricht den Akten — allen staatsrechtlichen Begriffen — und der Landesverfassung —; sie ist sehr impertinent — und sie

---

\*) E. de Martens *Réflexions sur un Mémoire etc.*  
p. 12, 13 et 14.

gibt den deutlichsten Beweis ab, daß der Herr von Martens in diesem Falle äußerst unedel gehandelt habe. Ich werde die, ihr beigelegten fünf Prädikate mit Wenigem ins hellste Licht stellen.

### III.

Es ist unwahr, daß ich, wegen größlicher Uebertretungen meiner Dienstpflichten, von meinen Staatsämtern entfernt bin. Ich weiß nicht, wohin Herr von Martens zielt, wenn er im Allgemeinen behauptet: „Ich hätte in meiner Amtsführung, „die einem, mir vorgesetzten Tribunale schuldige Achtung, auf eine ungebührliche Art, aus den Augen „geseht.“ Vermuthlich meint er damit einen Bescheid, welcher in der Rechtsache des Veruckenmacher-Gesellen, Melis, wider den Kammerherrn von Spörken zu Hannover, harte Injurien betreffend, von dem Kalenbergischen Hofgerichte, am 29. Oktob. 1787 abgegeben worden ist, und der sich in der Kalenbergischen Schrift: „Aktenmäßige Berichtigung“ 2c. ausführlich abgedruckt findet. Allein ich habe an dem Inhalte dieses Bescheides keinen Theil genommen. Das, mit den Signaturen der Decernenten versehene Originalconcept der Gerichtsakten, worauf

meine Namensschiffer nicht befindlich ist, beweist das eben Gesagte über jeden Zweifel. Ich berufe mich desfalls auf die gerichtlichen Akten des Königl. und Kurfürstl. Hofgerichts zu Hannover. Wäre ich aber auch Theilnehmer an seinem Inhalte gewesen, brauche ich denn die Meinung des Kollegii, dem ich präsidire, zu verantworten? Kann der Präsident wegen einer Entscheidung des Kollegii kassirt werden? Eine solche Rechtstheorie wird ein Lehrer des türkischen Staatsrechts nicht einmal behaupten, weil sie unsinnig, despotisch ist. Immerhin fragt es sich noch: Ob dieser Bescheid — ein Partitionsdekret, welches das Hannöversische Hofgericht auf ein Rescript de emendando (Ordination) des Oberappellations-Gerichts zu Celle, erlassen hatte, der Sache angemessen sei, oder nicht? Ihr Zusammenhang ist folgender: Der Kammerherr von Spörcken hatte den Altgesellen der Perückenmacherzunft zu Hannover, Melis, beschuldiget, ihm einen silbernen Leuchter in seinem Hause gestohlen zu haben, und ließ ihn, als einen Dieb, an einem Sonntag Nachmittage, beim Herausgehen der Gemeinde aus der Kirche, mit der Wache über die Straße führen, auch ihn ins Kriminalgefängniß der Altstadt Hannover werfen. Bei der peinlichen Untersuchung ward der Ungeschul-

bigte völlig unschuldig befunden. Er mußte es wohl sehr seyn, weil sich der angeblich gestohlene Leuchter, der aus Unachtsamkeit der von Spörkischen Domestiken nur verkrant gewesen war, am folgenden Tage, nach der Arretirung des Melis, in dem von Spörkischen Hause gefunden hatte. Der Beleidigte klagte hierauf wider den reichen Beleidiger, und dieser ward für die, dem Kläger zugefügte herbe Beschimpfung, von dem Königl. und Kurfürstlichen Hofgerichte zu Hannover durch ein Urtheil, wie es sich gehörte, schuldig vertheilt. Das Oberappellationsgericht zu Celle bestätigte zwar diese Sentenz, sowohl in der Hauptsache, nämlich in der Anwesenheit einer Injurie, als in dem Nebenpunkt, nämlich in der Schuldigvertheilung des Beklagten in die Prozeßkosten; setzte aber zu gleicher Zeit das, dem Kläger zugebilligte Satisfaktions-Quantum, in Ansehung dessen Größe keine Appellationssumme vorhanden war, durch ein Rescriptum de emendando Moderatorium herunter \*). Auf diese Ordination

---

\*) Von dem heruntergesetzten Quanto der Satisfaktionssumme gab der Kammer = Herr von Spörken einen Ball; vermuthlich um zu zeigen, daß die obern Stände

erfolgte, von Seiten des Hannöverschen Hofgerichts, der Partitionsbescheid:

Wenn gleich nicht abzusehen sei, wie der Bescheid die Gerichtsbarkeit Königl. Oberappellationsgerichts, zumalen bei gänzlicher Ermangelung der erkannten Appellationsproceße ex capite nullitatis, wenn gleich eine summa iniquitas pro nullitate gehalten werden könnte, habe fundiren mögen, — so werde dennoch, aus schuldigem Gehorsam gegen die Befehle Königl. Oberappellationsgerichts, dem eben angezogenen Rescripte Partition geleistet.

Dieser Bescheid war der Sache so durchaus angemessen, daß, wenn die Appellationen von dem Kasselbergischen Hofgerichte noch an die höchsten Reichsgerichte gegangen wären, jenes Justizgericht einer solchen Reichsgerichtlichen Ordination, als von dem Tribunale zu Celle in der Melisschen Sache ergangen war, nicht einmal hätte pariren dürfen, wenn es sich nicht gegen seinen Landesherrn hätte verantwortlich machen wollen. —

---

nicht sehr hart angesehen würden, wenn sie die untern beleibigten.

Die erste Thatſache, woraus Herr von Martens eine gröbliche Uebertretung meiner Dienſtpflicht zu folgern bemüht geweſen iſt, ſieht alſo für ihn ſehr übel aus, wenn man ſie etwas näher beleuchtet.

#### IV.

Die zweite, gegen mich gerichtete Beſchuldigung, welche ſeine Behauptung wahrmachen ſoll, iſt von gleichem erbärmlichen Gehalte. Ich ſoll mich, nach derſelben, in einer, mich perſönlich angehenden, Sache einer mehrjährigen Juſtizverzögerung ſchuldig gemacht haben. Meinem Herrn Gegner iſt es zwar nicht gefällig geweſen, diejenige Sache zu benennen, in welcher er geglaubt hat, mir einen ſolchen ſchweren Vorwurf machen zu können. Da aber der Herr von Martens ein getreuer Nachbeter des Herrn Rehbergs iſt, ſo wird er die, Seite 20 und 21 ſeiner aktenmäßigen Berichterung erwähnte Mollepfelder Sache wohl meinen. Dieſer Rechtsfall legt einen deutlichen Beweis dar, einen Theils, wie die Juſtizpflege in neuern Zeiten im Hannöveriſchen geweſen iſt, und andern Theils, daß die Hannöveriſchen Regierungs- Sekretarien



sich nicht entsetzen haben, Gegenstände, welche offenbar für die Justiz gehören, derselben, durch Rescripte *de non administranda justitia*, d. h. keine Justiz zu handhaben, zu entziehen \*). Ich will die Sache, wovon die Rede ist, mit einigen Worten anzeigen. Zuvörderst beweiset das, nach vorhergegangener genauen Untersuchung, ausgestellte gerichtliche Zeugniß vom 5ten Febr. 1799 unter Nro. II. der Anlagen zu dieser Druckschrift, daß ich bei der Streitigkeit der Gemeinde in Mollenfelde gegen das Hannöversische Amt Brackenbergh, in *pto. turbatae possessionis et spolii*, durchaus persönlich nicht interessirt sei.

Der Herr von Martens kennt die Reclikheit und Gewissenhaftigkeit seines Busenfreundes — des Ausstellers dieses Zeugnisses — zu gut, um die Richtigkeit des Bezeugten nur irgend bezweifeln zu

---

\*) Ein merkwürdiger Fall, der hierher gehört, ist die Rechtsache der Eingefessenen zu Strönnen, wider die Eingefessenen zu Barrel, wovon in der aktenmäßigen Berichtigung S. 22 und 23 Erwähnung geschieht. Ich übergehe hier diesen wahren Justizgreuel, ob ich gleich von derselben vollständige Akten besitze, welche den Hrn. Rehberg schamroth machen müßten, wenn er erröthen könnte.

können. Seine Leidenschaft wird ihn doch wohl nicht so weit verleiten, um einen erprobten redlichen Mann zum Verfälscher oder Versteller der Wahrheit zu machen. Aus diesem Zeugnisse folgt schon so viel, daß Herr von Martens der Wahrheit nicht getreu geblieben sei, wenn von ihm behauptet worden ist, daß die Mollenfelder Rechtsache mich persönlich angehe, d. i., daß mir, aus der Entscheidung derselben, entweder ein Vortheil, oder ein Schaden zuwache. Da er auch die, von ihm vorgebrachte Unwahrheit bloß in der Absicht verkündet hat, um aus derselben eine mir, beigemessene Verzögerung der Justizpflege zu meinem Vortheil zu erklären, welche meine Kassation mit bewirkt habe, so enthält diese bössliche Beschuldigung die stärkste Beleidigung, welche einem Richter zugefügt werden kann, weil sie auf eine, zu seinem Gewinn abzielende Verbertretung seiner beschwornen Amtspflicht; folglich auf einen vorsätzlichen Meineid gerade hinweist. Um die boschafte Beschuldigung, welche Herr von Martens gegen mich vorgebracht hat, in ihrer ganzen verwerflichen Blöße zu zeigen, will ich den angemessenen Zusammenhang, des, die Gemeinde Mollenfelde angehenden Rechtsstreit hiehersetzen. Ich bin im Stande, ihn deswegen vollständig zu liefern, weil

ich, in dieser reinen Justizsache, eine schriftliche Korrelation gemacht habe, die ich noch besitze. Das Kompromißdorf \*) Mollenfelde besteht aus Kurbraunschweigischen und Kurhessischen Unterthanen. Durch dasselbe geht eine Landwehre, d. i. ein zweifacher breiter Graben mit hohen Aufwürfen, auf welchen Bäume stehen. Diese macht die Interims-Landesgränze zwischen Hannover und Hessen aus. Es ist rücksichtlich ihrer, Paktsweise bestimmt worden, daß, in Ansehung dieser Landwehre, nichts verändert werden solle. Die Einwohner zu Mollenfelde, welche man, in Ansehung der Landeshoheit und der Gerichtsbarkeit, eine gemischte Gemeinde nennen

---

\*) Es ist darum ein Kompromißdorf, weil es auf der zwischen Kurbraunschweig-Göttingen und Hessen-Cassel noch streitigen Hoheits- und Landesgränze liegt, und weil durch einen von Kurmainz vor vielen hundert Jahren errichteten Kompromißreiß ausgemacht worden ist, daß die Landwehre die Interims-Landesgränze ausmachen, und daß alles bis dahin in statu quo bleiben solle, daß die Hoheitsstreitigkeit auf die eine, oder die andere Art zwischen diesen beiden Reichsländern ausgemacht seyn wird.

muß, befinden sich in dem quasi Besiz der Berechtigungen:

- a) auf dieser Landwehre ihr Rind- und Schweinevieh, auch ihre Gänse zu hüten und zu weiden;
- b) die Triftgerechtigkeit durch dieselbe nach ihren, hinter dem sogenannten Busch belegenen Feldern auszuüben;
- c) den benöthigten Lehm auf der Landwehre zu graben, und
- d) zu begehren, daß dem wilden Wasser, welches durch ihr Dorf fließt, der freie Lauf und Abzug gelassen werde, weil das sich zu Mollensfelde gesammelte Wasser durch die Landwehre Graben weggeschafft und weil durch diese verhütet wird, daß es sich auf die, denselben angränzende Aecker der Gemeindeglieder ergießen, sie überschwemmen, mit Sand und Unrath überziehen, Löcher darin reizen, und sie solchergestalt verderben könne. Das Hannöversche Amt Brackenbergr wies auf dieser, sowol in Ansehung der Landeshoheit, als in Rücksicht des Privateigenthums, streitigen Landwehre, welches sich die Gemeinde Mollensfelde zueignet, sechs Hannöverschen Einwoh-

nern in Mollenfelde, und zwar einem jeden von ihnen, einen Morgen zu Grabegärten, gegen einen, der Hannöverschen Domänen-Kammer jährlich zu entrichtenden Gartenzins von sechs guten Groschen aus, und hatte einen Zaun um diese Ausweisung machen lassen. Auch war zur Veränderung des Wasserlaufs, ein anderer Graben auf-, und der alte zuge- worfen worden. Diese Thatfachen gaben zu einer, von der Gemeinde gegen den Amt- schreiber Clare zum Brackenberge angestellten Klage in *possessorio summarissimo* die Ver- anlassung. Sie stellte durch einen ordnungs- mäßig bestellten Syndikum bei dem Königl. und Kurfürstlichen Hofgerichte zu Hannover am 6ten Mai 1792 vor, daß sie durch die, zum alleinigen pekuniären Nutzen der Königl. und Kurfürstlichen Kammer zu Hannover, ge- schehene Ausweisung der Gärten, in ihren, auf der Landwehr hergebrachten, ihnen Eigens- thumsweise gehörenden Gerechtigkeiten der Hnt und Weide, der Trift und des Lehmgras- bens *spoliative* und *turbative* beeinträchtigt würden, und daß der freie Lauf des wilden Wassers auf eine, für sie sehr nachtheilige,

Art, verändert wäre. Sie legte zum Beweis ihrer Behauptungen Bescheinigungsartikel, mit Benennung verschiedener Zeugen, an und bat: sie nach abgehörten Zeugen bei der quasi-Possession der Hut-, Weide- und Triftgerechtigkeiten in der Landwehre mit ihren Gänsen, auch Kind- und Schweinevieh sowol, als des Lehmgrabens kräftig zu schützen, und ihrem Gegner alle Turbationen bei 100 Rthlr. Strafe zu verbieten; daneben denselben, als den Auctorem spoli, bei gleichmäßiger Strafe, anzuhalten, den gemachten Zaun wegzuschaffen, den aufgeworfenen Graben zuzuwerfen, und den zugeworfenen aufzuräumen, damit dem wilden Wasser sein voriger Abfluß wieder verschafft, und überhaupt alles in den vorigen Stand hergestellt würde. Das Hofgericht zu Hannover erkannte, unter Anführung der triftigsten Gründe, am 14ten Mai 1792 Schreiben um Bericht an das beklagte Amt Brackenberg. Hiedurch ward bereits festgesetzt, daß die vorliegende Sache eine, die Kurbraunschweigische Domänen-Kammer angehende Justizsache sei. Inzwischen hatte der eingeleitete Informativprozeß keinen Fortgang. Er ging

vielmehr in der Folge in den gewöhnlichen gemeinen über. Es erfolgte daher am 20sten Jun. ein *Decretum excitatorium et praejudiciale* des Inhalts:

daß, wenn der geforderte Bericht noch nicht einkommen würde, die erbetene Kommission zur Abhörnung der Zeugen erkannt werden sollte.

Nunmehr kam das beklagte Amt Bradenberg, loco partitionis, mit einer Anzeige ein, in welcher es sagte, daß, da die Sache zu einem processualischen Verfahren wol nicht geeignet seyn möchte, so wären die Akten Amtseitig der Königl. Kammer, zur weitem Verfügung, eingesandt worden. Das Königl. Hofgericht verwarf aber diese Partitionsanzeige, als unstatthaft, und erkannte, *purificato praejudicio comminato*, den 5ten September 1792 das, von der klagenden Gemeinde Mollenfelde erbetene Commissorium zu Abhörnung der vorgeschlagenen Bescheinigungszeugen, mit der, dem beklagten Amt eingeräumten Befugniß, vor dem zur Abhörnung der Zeugen eintretenden Termin zulässige Fragstücke bei der ernannten Commission einzubringen. Dieses Erkenntniß veranlaßte die Königl. und Kurfürstliche Kammer am 10ten December 1792, durch

ihren Anwalt die *Exceptionem non fundatae Jurisdictionis et fori incompetentis* zu opponiren, in dem derselbe anführte, daß, in der vorliegenden Sache, nach der Oekonomie-Verordnung vom 22sten November 1768, kein gerichtliches Verfahren Statt finde. Er bat daher, die klagende Gemeinde Mollensfelde *a limine Judicii* ab-, und an die Behörde zu verweisen. Bei dem Kalenbergischen Hofgericht traten aber solche Erwägungen ein, welche es verursachten, daß die Einwendungen des Anwaltes der Domänen-Kammer, mittelst *Decisiv-Bescheides* vom 12ten December 1792, dahin verworfen wurden, daß sein Gesuch, die Sache von dem Hofgerichte zu Hannover abzuweisen, keine Statt habe. Wider dieses *Decretum decisivum* interponirte und eligirte der beklagte Kammeranwalt den 14ten Januar 1793 die Appellation an das Oellische Oberappellations-Gericht in gewöhnlicher Maasse. Das Hofgericht zu Hannover beferirte jedoch diesem Rechtsmittel nicht, und inhärrirte vielmehr dem abgegebenen *Denegatorio*, mittelst *Bescheides* vom 4ten Februar 1793, da der Kammeranwalt der eingelegten Appellation inhärrirt hatte. Hierauf ließ er die Appellation fallen und brachte bei dem, zu Abhörung der Zeugen ernannte Commissario besondere Fragstücke zu den Be-



scheinigungsartikeln ein, worüber die Zeugen abgehört werden sollten. Die beklagte Domänenkammer genehmigte also selbst die Abhörang der Bescheinigungszengen. Diefemnach stand es nunmehr rechtskräftig fest, daß die Streitigkeit der Mollenfeldschen Gemeinde mit der Hannöverischen Kammer eine Rechtsache sey, wobei die Kurbraunschweigische Dekonomieverordnung vom 22sten Nov. 1768. keine Anwendung finden konnte. Wie ferner nach eingekommenen Zeugenausagen zu Eröffnung derselben Tagesfahrt auf den 17ten Jun. 1793, vermöge Bescheides vom 31sten Mai gl. J. angeseht war, so kam der beklagte Kammeranwalt noch am 12ten Jun. 1793, bei dem Hofgerichte mit dem Gesuche ein:

ihm zu Führung des Gegenbeweises zu befristen, und daher den, zur Eröffnung der Zeugenausagen angesetzten Termin, vor der Hand wieder aufzuheben.

Allein er erhielt am 17ten Jun. 1793 den, der Sache angemessenen Bescheid, daß, da einen Theils das Dekret vom 31sten Mai, vermöge dessen Terminus zur Publikation des Zeugen-Rotuli auf den 17ten Jun. 1793 angeseht worden wäre, die Rechtskraft beschritten habe; andern Theils aber die, im summarischen Besizverfahren zwar zulässige, dormalen jedoch

von dem Amtsanwalte bloß offerirte Zeugengegebenes  
 scheinigung die Eröffnung des ad Instantiam der klagenden  
 Gemeinde Mollenfelde zur Bescheinigung des Besitzstandes  
 und des eingeklagten Spolii aufgenommenen Zeugenverhörs  
 nicht aufhalten möge, als finde das Gesuch um Aufhebung  
 des Termins keine Statt. Die Publikation der Zeugenaussage  
 geschah daher. Durch diese gerichtliche Handlung sowol, als  
 durch den eben angeführten Bescheid war es also wiederholt  
 anerkannt worden, daß der vorliegende Streit eine Justizsache  
 sey. Nun hätte, da das Zeugenverhör für die klagende  
 Gemeinde zu Mollenfelde beifällig ausgefallen war, das  
 erbetene Mandat billig erkannt werden müssen. Dieses  
 geschah aber nicht, weil kein neueres Anrufen der  
 klagenden Gemeinde eingetreten war. Ehe dieses erfolgte,  
 kam ein Rescript der Kalenberg-Göttingischen Specialregierung  
 bei dem Hofgerichte zu Hannover ein, worin sie, in Beziehung  
 auf die Landesökonomieverordnung vom Jahre 1768, zu  
 erkennen gab, wie sie zu jenem Justizgerichte vertraue,  
 daß, wenn sich die Gemeinde Mollenfelde bei den Verfügungen  
 und Entscheidungen der Königl. und Kurfürstl. Kammer nicht  
 beruhigen wolle, das Kalenbergische Hofgericht nicht nur  
 alles weitere Verfahren in dieser Sache gänzlich sistiren,  
 sondern

auch dieselbe, nach eingelangten Akten und Bericht des Amts Brackenberg, gänzlich von sich ab, und die Gemeinde Mollenfelde mit ihren vermeintlichen Beschwerden an die Königliche Regierung zu verweisen, ferner kein Bedenken finden würde. Dieses Rescript ward, mittelst Hofgerichtsbescheides vom 19ten Jun. 1793, beiden Theilen zur Nachricht mitgetheilt. Diese Mittheilung veranlaßte, daß der Syndikus der klagenden Gemeinde Mollenfelde, am 12ten Jul. gl. J. mit einem, gegen den Anwalt der Königl. und Kurfürstl. Kammer gerichteten Vortrag bei dem Hofgerichte zu Hannover einkam, welcher vorzüglich dahin gieng, zu zeigen, daß die von Königl. Landesregierung, in Ansehung des Hofgerichts, angezogene Inkompetenz überall nicht gegründet sey, da es vorzüglich auf die Frage ankomme:

Ob die Landwehr nicht das Eigenthum der klagenden Gemeinde Mollenfelde ausmache?

Die Untersuchung und Entscheidung dieser Frage wäre unstreitig eine Rechtsache, die zwischen der klagenden Gemeinde und der beklagten Kammer in dem ordentlichen Gerichtsstande der letztern erörtert werden müßte. Hieraus veroffenbare sich wohl klärllich genug, daß es auf die Anwendung der Dekonominverordnung nie ankommen könne, weil noch über

das Eigenthum des streitigen Plazes gestritten werde, welche Frage Königl. Landesregierung zu entscheiden doch wohl gar keine Befugniß habe. Endlich müsse der Syndikus der klagenden Gemeinde Mollensfelde dem Königl. Hofgerichte unverhalten, daß, wenn wider Verhoffen, die von ihm vorgetragenen Gründe nicht als statthaft genug erachtet werden sollten, um in dem angefangenen justizmäßigen Gange, worin sich die Sache befinde, weiter fortzusetzen, er den Auftrag habe, im Namen der sämtlichen hessischen Unterthanen der Gemeinde Mollensfelde zu eröffnen, wie dieses zur Intercession ihres gnädigsten Landes herrn ihre Zuflucht zu nehmen, genöthigt seyn würden, dem es wohl nicht ganz gleichgültig seyn würde: ob seine Unterthanen von der, ihnen seit undenklichen Jahren zugestandenen Theilnahme an den Gemeinde-Emolumenten, ohne einen, nur durch die Gesetze zu rechtfertigenden Grund, verbrungen würden.

Auf diese Eingabe ward am 31sten Jul. 1793. im Excitatorium zur Abstattung des Berichts und zur Einsendung der Akten an das Amt Brackenberg erkannt. Beides gieng am 31sten Aug. gl. J. bei dem Hofgerichte ein, und die Sache kam hierauf in diesem Justizgerichte den 18ten und 20sten Nov. 1793. zum

mündlichen Vortrage und zur Abstimmung. Da dieser Bericht keine bescheinigte Data enthielt, sich vorzüglich auf Territorial-Streitigkeiten beschränkte, und es mehr zweifelhaft, als klar machte, daß überhaupt ein Kurbraunschweigisches Landesgesetz und insonderheit die Kalenbergische Dekonomieverordnung auf den vorliegenden Fall anwendbar werden konnten, so waren die Meinungen über das abzugebende Erkenntniß sehr getheilt. Einige Mitglieder des Hofgerichts zu Hannover hielten dafür, daß die klagende Gemeinde Mollenfelde ab- und an die Königl. Landesregierung, Behuf weiterer, von daher zu erwartender Verfügung, zu verweisen; jedoch ihr oder deren gefährdeten Mitgliedern derselben nachzulassen sey, den mit klagbar gemachten Punkt, daß der zur Abführung des wilden Wassers bestimmte Abzugsgraben in der Landwehre angeblich zugeworfen und daher das Wasser in die Felder geleitet worden sey, mit dem, oder denjenigen Urhebern solchen erweislichen Schadens, *separato judicio*, bei der Behörde auszumachen, den, oder dieselben in Anspruch zu nehmen, und rechtlichen Bescheides darüber zu gewärtigen; wobei zugleich *Notificatorium* an die Königl. Landesregierung und *Remissio Actorum* an das Amt Bradenberg, beides *cum acclusionone Decreti* abgelassen wer-

den müsse. Der andere Theil der abstimmenden Mitglieder des Kalenbergischen Hofgerichts, worunter ich mich mit befand, war aber ganz entgegengesetzten Dafürhaltens. Da ich in der Zusammenkunft des Kollegii vom 20ten Nov. 1793, den mündlichen und vollständigen Vortrag des Referenten aus den Akten ergänzte, so ward die Debatte in diesem Justizgerichte sehr lebhaft, indem einige Mitglieder desselben äuserten, theils, daß es hier bloß auf die Ueberzeugung des Richters ankomme, theils, daß wider einen Abweisungsbescheid keine Rechtsmittel statthaft seyn würden. Bei so gestellten Sachen hielt ich es der Direktorialklugheit angemessen, die Ziehung des Conclusi dadurch zu verhindern, daß ich es mir vorbehielt, meine Meinung weiter schriftlich auszuführen, diese Korrelation vorzutragen, und auf diese Art eine weitere Umfrage und gründliche Abstimmung, zur Ziehung des Conclusi Collegii, zu veranlassen. Dieser Arbeit habe ich mich unterzogen. Ich habe in einer Korrelation zu zeigen gesucht, daß die Hannoversische Dekonomieverordnung in dem vorliegenden Fall überall nicht anwendbar sey. Nicht anwendbar in Rücksicht der Subjekte, weil eine Kurbraunschweigische Verordnung Hessische Unterthanen nicht verbindet. Nicht anwendbar, in

Ansehung des Objekts, weil es noch streitig sey, unter welcher Hoheit dasselbe belegen wäre, und da der Grund und Boden, wo die Ausweisung geschehen sey, sich in Ansehung des Privateigenthums, zwischen der Gemeinde Mollensfelde und der Hannö- verischen Domänenkammer in Streit befinde. Nicht anwendbar, in Betracht der, in der Dekonomie- verordnung vorgeschriebenen Art des Verfahrens, weil Hessische Unterthanen nicht vor die Hannö- verische Regierung gezogen, und solchergestalt aus dem Hessenkasselschen Reichslande evocirt werden könnten. Nicht anwendbar im Zurücksehen auf den, in jenem Hannöverischen Gesetze beabsichtigten Zweck, weil die Absicht bei dieser Ausweisung dahin gehe, eine Kammeralrevenue zu gewinnen, und einige Hannöverische Unterthanen, auf Kosten der übrigen und der Hessischen Mitglieder des Dorfs Mollensfelde, zu begünstigen. Zu diesen Gründen fügte ich noch die aus dem Verfolg der Akten selbst sich ergebende hinzu, welche es deutlich bewahrheiteten, daß diese Streitigkeit für eine Justizsache, und zwar rechtskräftig von der beklagten Hannöverischen Kammer selbst anerkannt worden sey. Sie hätte also keine Befugniß, sie, durch die Landesregierung, zu einer Regiminalangelegenheit umzuformen. Da ich

gieng, nach zehn aufgestellten Considerandis, noch tiefer in die Sache ein, und concludirte endlich dahin, daß das erbetene Mandat zu erkennen und die beklagte Kammer ad Possessorium ordinarium seu Petitorium zu verweisen seyn würde. Da übrigens die Sache nicht sollicitirt ward, ich mit Geschäften überhäuft war, und die Majorität des Kollegii sie, bei den stattgefundenen Prädeliberationen, für keine Justizsache angesehen hatte; folglich der Meinung Königlich-landesherrlicher Regierung beigetreten war, so blieb die Ablegung meiner schriftlichen Korrelation, die davon abhängende fernere Umfrage im Kollegio, und das danach zu ziehende Conclusum desselben um so mehr ausgesetzt, als die klagende Gemeinde noch immer frühzeitig genug zu der ihr zugebachten Glückseligkeit gelangen konnte, keine Justiz zu finden; mithin niemand bei dem Ruhestand der Mollenfeldischen Sache litt. Wie es derselben in der Folge ergangen sey, davon weiß ich nichts anzugeben. Ich muß folglich, nach demjenigen, was von ihrem Schicksale in der Niebergischen Schrift angeführt worden ist, dafür halten, daß sich das Hofgericht zu Hannover dem Willen eines Regierungssecretärs gemäß betragen habe, welcher der klagenden Gemeinde Mollenfelde die Pflege der Justiz, auf eine gewiß auf-



fallende Art, verweigert hat. Nun frage ich einen jeden, irgend urtheilsfähigen und leidenschaftslosen Menschen: Ob der Ruhestand der Mollenfeldschen Sache, nach ihrem gelieferten aktenmäßigen Zusammenhange, den Namen einer Justizverzögerung nur irgend verdienen kann? Wo die Handhabung der Gerechtigkeit, entweder durch eine höhere Auktorität, oder durch die Folgsamkeit des sie achtenden Justizhofes, verweigert wird, da bleibt eine Verzögerung derselben undenkbar. Ich habe das Gegentheil derselben gewollt — ich habe, in Gemäßheit der stärksten Gründe, Justiz zu administrieren, gewünscht — sie also so wenig verweigert, als verzögert. Alles dieses ist so klar, wie der Tag. Des Herrn v. Martens Beschuldigung, daß ich mich in einer, mich persönlich angehenden Sache einer mehrjährigen Justizverzögerung schuldig gemacht hätte, ist folglich, nach einer jeden anzustellenden Erwägung, eine von ihm vorgebrachte große Unwahrheit. Die Mollenfeldsche Sache geht mich persönlich nicht an; — ich habe in derselben keine Justiz verzögert; — ich habe alles angewandt, um eine Versagung der Gerechtigkeitspflege zu verhindern; — ich habe das Regierungserescript, keine Justiz zu administrieren, nicht achten wollen; — ich habe mich gegen eine, in einer

reinen Justizsache, sogar gegen Auswärtige auszuübende Kabinettsjustiz männlich gestimmt. Ob dieses mein Betragen mir Schande mache, oder Lob verdiene?, ob ich desfalls habe kassirt werden können? Diese Fragen werden leicht zu beantworten seyn, zumal wenn man das, mir am 4ten Jul. 1796. ertheilte Zeugniß des Königlichen und Kurfürstlichen Hofgerichts zu Hannover über mein Wohlverhalten, als Hofrichter, nicht vergißt. \*)

## V.

Ich gehe zu der dritten Beschuldigung über, die der Herr v. Martens gegen mich vorgebracht hat, und die darin besteht, daß ich es mir erlaubt hätte, mich wegen einer vermeintlichen Beschwerde, von meiner Dienstverwaltung zu suspendiren, nach Gefallen darin wieder einzutreten, und mich aufs neue wieder eigenmächtig zu suspendiren. Das Publikum kennt dasjenige, worauf Herr v. Martens hier zielen mag, aktenmäßig. In der Hüberlin-

---

\*) S. Hüberlin Staatsarchiv, Fünftes Heft. S. 127 und 128.

ſchen Sammlung: „Einige Aktenſtücke,“ meine Rechtsſache betreffend, (1797) ſind die vollſtändigen Direktorialakten; die Streitigkeit des Herrn ſigeraſſeſſor v. Pape mit dem Herrn Hofgerichtsſecretär Kirchmann betreffend, von Seite 103 bis 134 abgedruckt worden. Dieſe werden mich hinlänglich gegen des Herrn v. Martens Beſchuldigung rechtfertigen. Freilich habe ich bei dem Vorfall, wovon dieſe Akten reden, das größte Verbrechen begangen, deſſen man ſich in Hannover ſchuldig machen kann, nämlich das der beſelbigten Majestät der regierenden Regierungsſecretarien. Es hieß daher bei der Ankündigung der erſten aus des Herrn Hofraths Häberlin Feder-geſchriebenen Druckschrift über meine Rechtsſache ſehr wahr, daß das wahrſcheinlich Wahre in der Anlage II. \*) und das angebliche Corpus delicti in der Anlage III. \*\*) dieſer Staatsſchrift zu finden ſey. \*\*\*) Allein ich habe zu denjenigen Kurs

---

\*) S. Häberlin. Ueber meine Rechtsſache 2c. in dem Anlagenverzeichnis S. II — IX.

\*\*) S. Häberlin a. a. D. Seite X — XIX.

\*\*\*) S. den Umſchlagsbogen zum 6ten Hefte des Häberlinſchen Staatsarchivs auf der letzten Seite.

braunschweigischen Staatsdienern gehört, welche erörtheten, vor den regierenden Regierungssecretarien zu kriechen und den Konnexionsweg einzuschlagen. Ich habe daher bey der Gelegenheit, welche in jenen Direktorialakten weitläufig auseinandergesetzt worden ist, nicht anders handeln können, als ich gethan habe. Meine, gegen die Herren geheimen Rätthe zu Hannover geschehenen Aeußerungen beweisen das Behauptete hinlänglich. In neueren Druckschriften ist Vieles über die, den Kurbraunschweigischen Unterthanen untersagte Befugniß, sich unmittelbar in England beschweren zu dürfen, geschrieben worden. Diejenigen, welche dieser Meinung zugethan sind, und die, welche sie haben berichtigen wollen — beide sind in ihren Behauptungen sehr leichtsinnig zu Werke gegangen. Sie haben nicht einmal die Dispositionen der darüber erschienenen Gesetze chronologisch angeführt; noch weniger aber daraus richtige Resultate gezogen. Sie haben beide Unrecht. Man kann sich in gewisser Hinsicht in England nicht beschweren, und in anderer Rücksicht kann man es wagen, eine Beschwerde dahin gelangen zu lassen; diese Befugniß hilft aber nichts. In diesem Falle würde ich mich befunden haben, wenn ich mich, in der v. Papisch's Kirchmannschen Angelegenheit, nach England gewandt

hätte; ja ich würde vielleicht darüber Hifanirt worden seyn, daß ich mich in eine Justizsache eines verbotenen Weges bedient hätte. Hieraus folgt, daß ich mich solchergestalt habe betragen müssen, als ich gethan habe, und daß des Herrn v. Martens dritte Beschuldigung eben so ungegründet ist, als ich die Unwahrheit der zwei ersteren gezeigt habe.

## VI.

Endlich legt es mir Herr v. Martens viertens zur Last, daß ich, der ich, nach meiner Dienstpflicht, zur Geheimhaltung der landschaftlichen Deliberationen und meiner abgegebenen Stimme verbunden gewesen wäre, mich unterstanden hätte, diese Andern mitzutheilen, und eine meiner Abstimmungen zur Bekanntwerdung zu verhelfen.

Diese Behauptung ist sowol in Ansehung des Rechts, als in Rücksicht der angeführten Thatfachen unwahr. Meine Dienstpflicht hat mich zur Geheimhaltung der landschaftlichen Deliberationen und meiner Abstimmung nicht verbunden. Denn es giebt im Hannöverschen keine geheime Landstände, und landschaftliche Verhandlungen sollen, ihrer Natur und Bestimmung nach, nicht geheim seyn. Ich

habe meine Botschaft jedoch niemanden, als Landständen, mitgetheilt. Da ich kann es durch zwei unverwerfliche Zeugen, wenn es zu einer gerichtlichen Verhandlung je kommen sollte, beweisen, daß mein wichtiges Antrags-Memorandum vom 20sten Nov. 1794, die Landesvertheidigung und Incorporirung der Landregimenter in die Feldregimenter betreffend, nicht durch mich, so wenig unmittelbar, als mittelbarer Weise, sondern durch einen Subalternen der Kurbraunschweigischen Regierung selbst, in das Journal „Genius der Zeit“ eingerückt worden sey. Ich habe mit dem Redakteur dieser Zeitschrift vor dem Jahre 1796. in gar keiner, in nicht der mindesten Verbindung gestanden. Der Herr Kammerherr v. Hennings würde dieses bezeugen, wenn er, zur Abgebung eines solchen Zeugnißes, aufgefordert werden sollte.

## VII.

Die, von dem Herrn v. Martens angegebenen vier Ursachen, welche eine gröbliche Uebertretung meiner Dienstpflicht darlegen sollen, und weshalb ich, nach seiner Behauptung, kassirt worden bin, sind demnach völlig unwahr und ungegründet. Allein sie sind auch von ihm nicht erwiesen. Das

ist das zweite Prädikat, welches ich ihnen beigelegt habe. Ein jeder, der billig ist, wird sich nach einem Beweise umsehen, wenn jemand behauptet, daß ein angesehener Staatsbeamter, wegen gröblicher Uebertretung der Dienstpflichten, seine Bedienungen, ohne Urtheil und Recht, verloren habe. Wodurch hat der Herr v. Martens nun den, ihm, ohne alle Widerrede, obliegenden Beweis seiner, gegen mich vorgebrachten Beschuldigungen und ihres Resultats geführt? Durch nichts. Er hat ihn aus dem Rehbergischen Pasquill: „Aktenmäßige Berichtigung etc.“ das nichts berichtigt, nichts beweiset, geschöpft. Eine erbärmlichere Beweisführung läßt sich nicht denken. Sie ist unter aller Kritik, und macht einem Lehrer des Rechts und einem Beisitzer des Spruchkollegii auf der Universität Göttingen die größte Schande, und beides ist doch der Herr v. Martens.

## VIII.

Bewiesen hat er demnach nichts. Herr v. Martens hat seine, gegen mich vorgebrachten Beschuldigungen so wenig wahr gemacht, daß vielmehr seine Behauptung, „ich wäre, wegen der von ihm angegebenen vier Ursachen, meiner Staatsäm-

„ter entsetzt,“ um das seinem Betragen gebührende dritte Prädikat zu berühren, sogar den Akten, — allen staatsrechtlichen Begriffen — und der Landesverfassung, geradezu widerspricht. Das Hannöversische Regierungsrescript an die Kalenbergische Landschaft vom 3ten Jun. 1796 \*) und das, demselben beigefügte Landesherrliche Rescripts-Postscript an die geheimen Räte zu Hannover vom 13ten Mai 1796 \*\*) beweisen aufs klarste,

---

\*) C. Häberlins Staatsarchiv, 4tes Heft, C. 483 und 484. Nach den Worten dieses Rescripts verlangte der König, daß die Landschaft an meiner Stelle ein anderes tüchtiges Subjekt, welches Ihro Vertrauens würdig wäre, in Vorschlag bringen möchte. Dieses ist in der Person des Herren Bremer geschehen, und dieses tüchtige Subjekt hat die Eulinger Konvention geschlossen, um das Vertrauen des Landesherrn zu verdienen.

\*\*) C. Häberlin a. a. D. C. 484 — 486. Sollte das, in diesem Königl. Rescripts-Postscript geäußerte Urtheil über mich und meine politische Meinungen wohl noch jetzt gelten? und sollte die gegenwärtige traurige Erfahrung es noch ferner rechtfertigen, daß ich mich des Königlichen Vertrauens gänzlich müsse verlustig gemacht haben?



daß ich meine wichtigen Staatsämter, und meine passive Landstandschaft, wegen politischer Meinung, welche ich in der Kalenbergischen Landschaft gehegt, und darin zu äußern befugt war, ohne Urtheil und Recht verloren habe. Die Ursache dieser Verabung ist von dem Regenten bestimmt angegeben worden, und es darf daher keine andere angenommen werden. Wenn daher Herr v. Martens Gründe anführt, woraus eine grobe Hintansetzung meiner Dienstplichten und aus dieser meine Kassation folgen soll, so schreibt er offenbar aktenwidrig. Indem er ferner an die Stelle der bestimmt angegebenen Ursache meiner Dienstentsetzung andere und neue Motive setzt, gesteht er, durch die damit bewirkte Veränderung des Streitpunkts, daß der vom Landesherrn angegebene Grund zu meiner Entfernung aus dem hannöverschen Staatsdienste untauglich gewesen sey. Er reformirt auf diese Art den Regenten. Ja er thut, durch diese Substitution, ein Mehreres. Er verwandelt sich dadurch virtualiter in denselben, oder greift wenigstens in seine Funktionen ein. Der Herr v. Martens hat folglich in Ansehung meiner alle staatsrechtlichen Begriffe umgekehrt, und die Landesverfassung auf eine auffallende Art bei Seite gesetzt. Denn sie kann nie empfindlicher beleis-

digt werden, als wenn ein Unterthan das Regentenamt usurpirt.

## IX.

Das bisher geprüfte Benehmen des Herrn v. Martens in meiner Dienstentsetzungsangelegenheit ist demnach sehr tadelnswürdig. Ja es ist ganz impertinent. Ich muß dieses, ihm gebührende vierte Prädikat nun noch mit einem Wort berühren. Nie habe ich ihn für denjenigen anerkannt, der mich zu richten, die Befugniß hätte. Es ist also eine von ihm begangene wahre Vermessenheit, wenn er sich zu meinem Richter aufwirft, und mich, gewisser Vorgänge wegen, von meinen Staatsämtern entsetzen will; Vorgänge, die mein Landes- und Dienstherr nicht für strafwürdig gehalten hat; Vorgänge, die längst abgethan sind, und wovon folglich die Rede nie mehr seyn kann; als z. B. mein Direktorialbenehmen in der Dienststreitigkeit des Herrn Hofgerichtsassessors v. Pape mit dem Hofgerichtssekretär Kirchmann. Ueberhaupt trifft den Herrn v. Martens in jeder Hinsicht der gegründete Vorwurf, daß er sich über Dinge ein Urtheil angemast habe, die er nicht wissen konnte. Ein jeder muß sich billig

darüber wundern, daß ein Götting'scher Professor über Sachen geurtheilt und abgesprochen habe, die in dem Hannöverschen Hofgerichte und in der Kalenbergischen Landschaft vorgefallen sind; die er also nicht gründlich wissen konnte. Herr v. Martens hätte besser gethan, sich auf seine akademischen Beschäftigungen einzuschränken, als sich in Sachen zu mischen, die für ihn nicht gehörten. Einen solchen Rath gab ihm die Klugheit. Einen noch andern die Moralität.

## X.

Dieser gieng dahin, nie die Feder gegen einen Mann anzusetzen, mit welchem er vorher in freundschaftlichen Verbindungen gestanden hatte, dessen Rathgeber er bei dem Anfange seines merkwürdigen Reichsgerichtlichen Processus gewesen war, und den er von einer schlechten Seite kennen zu lernen, gewiß niemals die Gelegenheit gehabt hat. Er schreibt in seinen Betrachtungen über mein, zu Rastadt übergebenes Memoire: „Er sey mit demselben unaufgefordert im Publiko erschienen.“

Zwar bezweifelte der Rezensent seiner Druckschrift in der Jenaischen allgemeinen Literaturzeitung,

die Wahrheit dieser Behauptung, vermuthlich um den Herr v. Martens, wegen seines, gegen mich herausgegebenen Libells — ich mag entweder die Materialien desselben, oder die wüthende Schrefbart, worin sie vorgetragen sind, erwägen — wenigstens einigermaßen zu entschuldigen. Allein da mein Herr Gegner aus seinen eigenen Worten zu beurtheilen ist, er auch einen etwa erhaltenen Auftrag, gegen mich zu schreiben, nach demjenigen, was vorhin zwischen uns stattgefunden hatte, billig abzulehnen schuldig gewesen wäre, so bleibt des Herrn v. Martens Betragen, um mich hier nur des mildesten Ausdrucks zu bedienen, höchst unedel. Dieses fünfte Prädikat gebührt dem Betragen meines ehemaligen Freundes um so gewisser, da es unbegreiflich bleibt, daß der Herr v. Martens in der gegen mich geschriebenen Druckschrift einen über alle Begriffe heftigen Styl angenommen habe, wodurch er den Eindruck gänzlich verfehlt hat, welchen er zu machen sich schmeichelte.

## XI.

Ich hoffe durch das bisher An- und Ausgeführte hinlänglich gezeigt zu haben, daß die v. Martenssche

Behauptung, welche über meine Dienstentfernung in seinen Gedanken, mein zu Rastadt übergebenes Memoire betreffend, enthalten ist, höchst unwahr und ungegründet — mit nichts bewiesen — den Akten, — allen staatsrechtlichen Verhältnissen, — und der Landesverfassung widersprechend, — sehr impertinent und unedel sey. Wie hat nun ein Mann, wie Herr v. Martens übrigens ist, eine solche, der Wahrheit und der Notorität und seiner eigenen Ueberzeugung des Gegentheils zuwiderlaufende Druckschrift, worauf der rechtliche Begriff eines Pasquills genau paßt, schreiben und ins Publikum bringen können? Warum ist er seiner eigenen Ehre und Würde so wenig eingedenk gewesen? Warum hat er, in Ansehung meiner, den ihm sonst gebührenden Ruhm der Gründlichkeit, der Geschicklichkeit, der Gerechtigkeit, der Billigkeit, edler Gesinnungen und eines humanen Betragens so sehr selbst bestechen können? Aus keiner andern Ursache, als weil er, nach der Schwäche seines Charakters und dem daraus entstehenden egoistischen Klugheitsprincip, von der Modeseuche, die schon so viel Unheil angerichtet hat, und noch mehr Unglück über die Welt zu verbreiten scheint, ganz angesteckt ist:

sich, selbst auf Kosten der Wahrheit, durch seine Aeußerungen und Handlungen denjenigen gefällig zu bezeugen, welche die Macht in den Händen haben.

Ich habe aus einem ältern Vorgange bewiesen, daß diese Denk- und Handlungsart dem Herrn v. Martens eigen sey, weil er sich durch die, über mein Rastädter Memoire geschriebenen Gedanken bei denjenigen Mächtigen in London und Hannover beliebt zu machen gesucht hat, welche gegen mich leidenschaftlich eingenommen gewesen sind. Hieraus habe ich abnehmen müssen, daß die von ihm allgemein erzählte Sage über sein Benehmen bei Gelegenheit, daß der französische General Mortier in Göttingen gewesen war, wahr sey, weil dieses wieder darauf hinausgegangen ist, die Gunst dieses Machthabers zu gewinnen. Ob ich hierin richtig, oder unrichtig geschlossen? ob ich durch Induktion einen überzeugenden Beweis geführt? ob ich Gründe der höchsten Wahrscheinlichkeit gehabt habe, dasjenige, was mir, in Ansehung des Benehmens des Herrn v. Martens bei dieser Gelegenheit, schriftlich und mündlich hinterbracht worden ist, für wahr anzunehmen? und ob er durch seine Erklärung in den Hannöverschen An-

zeigen über diese Volksfrage allen Verdacht von sich abgelehnt habe, daß an dem, von ihm herumgegangenen Gerücht, dennoch etwas wahr seyn müsse? das mag ein jeder bei sich selbst entscheiden. Ich will keinem in seinem Urtheile vorgreifen, da ich mich, wegen meines Glaubens, hinlänglich gerechtfertigt zu haben hoffen darf.

### N e s t l e r.

Das Publikum kennt so wenig die Verfasser, als die Drucker und Verleger der vielen Flugschriften, welche über die Eroberung der Kurbräunswiegischen Staaten erschienen sind. Fast alle haben sich in den Nebel der Verborgenheit gehüllt. Man kann also den einen so wenig, als den andern durch den Arm der Themis erreichen. Diejenigen, welche ich allenfalls auf dem Wege des Rechts verfolgen könnte, sind Hannoveraner. In Ansehung dieser möchte der Tempel der Gerechtigkeit sich mir wohl sobald noch nicht öffnen. Es war mir daher eine erwünschte Erscheinung, als ich unter der Druckschrift: „Kritik der, in Beziehung auf das von den Neufrauten okkupirte Kurfürstenthum Hannover erschienenen Flugschriften“ den Druckort und den Namen des Druckers, des Herrn Friedrich Hermann Nestler in

Hamburg, erblickte. Da ich mich nicht gern ungerächt beleidigen lasse, so schrieb ich den 17ten Mai 1804 an den eben genannten Drucker und Verleger, und verlangte von ihm die Angabe des Namens des Verfassers der Kritik *ıc.*, weil ich in derselben Seite 43 bis 46 von ihm beleidigt worden sey. Ich begleitete dieses Verlangen mit der ernsthaften Erklärung, daß wenn Herr Nestler es binnen sechs Wochen nicht erfüllte, ich ihn, den Verleger, in Gemäßheit klarer Reichsgesetze, gerichtlich klagen würde. Auf dieses Schreiben, habe ich die, in der Anlage III. enthaltene Antwort bekommen.

So wenig erheblich sie auch ist, so enthält sie doch das Geständniß, daß der Verfasser eben genannter Kritik ein nothgedrängter Brochürenschreiber sey. Nach dieser Erklärung glaube ich den Schächer um so mehr laufen lassen zu können, als seine Kritik ohnehin von schlechtem Gehalt ist, er so wenig Gesetze kennt, als ehrt, und ich sein Gewäsche, welches, nach der neuen Mode, kritisch heißt, in meiner letzten Druckschrift: „Wer darf *ıc.*“ Seite 27, 101 und 102 hinlänglich abgefertigt habe. Er und Herr Friedrich Herrmann Nestler mögen also für diesmal frey durchgehen.



Der Verfasser der Druckschrift: „Hannover, wie es war, ist, und werden wird?“

Sie ist also ins Publikum getreten, die Druckschrift, deren Erscheinung mir schon vor Jahr und Tag angekündigt war. Keiner lasse sich durch den vielversprechenden Titel derselben täuschen. Man wird aus ihr wenig von demjenigen lernen, was einen Bezug auf die Vergangenheit hat. Man ersieht aus diesem Flugblatte, worin kein historischer Zusammenhang angetroffen wird, nicht, wie es in Hannover war. Eben so wenig sind darin befriedigende Blicke in die Zukunft gethan. Sie enthält wahrhaftig keinen Seherblick darüber, wie es in Hannover werden wird. Man erfährt nur höchstens und das ist alles: wer, nach der Meinung des Verfassers, diejenigen sind, welche Minister zu werden wünschen, und die es werden würden, wenn er die Stellen zu besetzen hätte. Unter diesen befanden sich der Eulinger Konventionsmacher v. Bremer und der Abgesandte der sogenannten Landesdeputation in Paris v. Ramdohr. Die Gefinnungen zu St. James müßten sich sehr ändern, wenn diese Beide in das Kurbraunschweigische Staatsministerium berufen

werden sollten. Einige Thatsachen erfährt man jedoch in dieser Galerie der Personen und Sachen des Hannoverischen, die es darlegen sollen, wie es anjetzt in Hannover ist. In so fern bleibt sie ein, nicht zu vernachlässigender Beitrag zur Geschichte der beispiellosen Einnahme der Kurbraunschweigischen Staaten durch die Franzosen. Auch findet man hin und wieder einige Digressionen, die zum Gemälde von Hannover, nach seinen angegebenen Umrissen, gar nicht gehören. Diese sind zum Theil gut ausgearbeitet; aber nicht neu, sondern schon von Andern geliefert, wenn ich davon dasjenige ausnehme, was die Beurtheilung der neuerlich erschienenen Abhandlung: „Europa's gegenwärtige Krisis von Louis“ betrifft. \*) Ich pflichte der gelieferten Kritik dieser Abhandlung um so mehr bei, als es mir auffallend gewesen ist, daß Herr Louis behauptet, von keinem andern, als von dem Princip der Gerechtigkeit auszugehen, und dennoch das türkische Reich theilen will!! Sollte diese Theilung wohl einer richtigen Politik irgend angemessen seyn? Sollte sie die Ruhe

---

\*) S. die Druckschrift: Hannover, wie es war, ist, und werden wird 2c., zweites Heft, Seite 54 — 66.

von Europa wohl befördern? Sollte sie es nicht vielmehr in Feuer und Flammen setzen? Herr Louis scheint von der neumodischen Gerechtigkeit und der sich darnach modelnden Politik ganz durchdrungen zu seyn. Dem Schriftsteller der Druckschrift „Hannover, wie es war, ist, und werden wird“ fehlt es so wenig an Kopf, als an Kenntnissen. Er widerspricht sich dennoch nicht selten. Desto mehr geht ihm aber die Güte des Herzens ab. Der flüchtigste Blick auf diese Schrift wird mein Urtheil rechtfertigen. Durch die giftige Galle, welche er über so viele achtungswerthe Menschen im Hannöverschen im reichlichsten Maaße ausgegossen hat, schwächt er offenbar die Glaubwürdigkeit seiner Behauptungen und Erzählungen. Dadurch hat er gegen die gemeinste Klugheit angestoßen. Hätte er Thatfachen angeführt, sie zu beweisen übernommen, und dem Leser und Beurtheiler das Resultat derselben zu ziehen überlassen, so würde er sich unstreitig, nicht nur ein großes Verdienst um das Hannöversche erworben, sondern auch in meinem Vaterlande Glauben gefunden haben. Allein er hat alles dieses unterlassen. Daher wird ihm selbst in demjenigen nicht geglaubt werden, was wahr seyn kann. Dieser Unglaube ist ein offener Nachtheil für die Kurbraunschweigischen

Untertanen. Er urtheilt fast immer über Hannö-  
verische Staatsdiener, die ihm misfallen, ohne diejeni-  
gen Thatfachen voranzuschicken, woraus sich die von  
ihm gezogene Schlußfolge über die handelnden Perso-  
nen allein ergeben kann. Man ersieht hieraus, daß  
es ihm bei seiner Autorschaft mehr darum zu thun  
gewesen ist, seine Leidenschaften gegen einige Hanno-  
veraner zu befriedigen, als einen Beitrag zur Ge-  
schichte der französischen Einnahme der Kurbraun-  
schweigischen Staaten zu liefern. Sehr viele Män-  
ner, welche allgemein, als rechtschaffene und geschick-  
te Staatsdiener im Hannöverischen anerkannt sind,  
wie z. B. der Herr Hofrichter und Landdrost  
v. Schrader und der Herr geheime Kammerrath  
von der Wense behandelte er in der Maasse, daß  
der rechtliche Begriff einer Schmähschrift auf sein un-  
vollständiges Hannöverisches Wörterbuch paßt. Be-  
sonders merkwürdig bleibt es, einestheils, daß in  
diesen rhapsodischen Fragmenten einige Personen,  
welche zu einer gewissen geheimen Verbindung gehö-  
ren, und wovon es sehr wahr in „den Gedanken ei-  
nes Hannoveraners über die sein Vaterland in den  
Monaten Junius und Julius 1803 betroffenen Un-  
fälle 1c.“ auf der neunten Seite heißt: „daß der  
„Einfluß eines geheimen Ordens in Han-

„nover zwar merklich, dessen Absichten  
 „aber noch verborgen wären,“ außerordentlich  
 gelobt sind, ohne die Thatfachen anzuführen, wodurch  
 sie dieses Lob verdient haben; und andertheils, daß  
 andere Mitglieder dieser geheimen Associationen ganz  
 mit Stillschweigen übergangen werden, so bemerkens-  
 werth sie dennoch bleiben. Zu den ersten gehört z. B.  
 der Fabrikant der Sullinger Konvention — der dem  
 Hannöverschen unvergeßliche Herr v. Bremer, der  
 geheime Kammerrath v. Ahrenswaldt und der sehr  
 außerordentliche Abgesandte zu Paris, der Oberappel-  
 lationsrath v. Rambohr, dessen Beglaubigungs-  
 schreiben in der deutschen Welt ein Phänomen ist, wel-  
 ches der Beurtheilung des Kaiserlichen Reichs-Hofraths  
 wohl nicht vorgelegt werden dürfte, wenn man sich  
 des Württembergischen zurückerinnert. Zu den letztern  
 ist der Ober-Licentinspektor und geheime Kanzleisekretär  
 Rehberg, und der Kommerzrath Brandes zu  
 rechnen. Gescholten, aufs heftigste gescholten, wer-  
 den dagegen alle diejenigen, welche, wie ich, schon  
 vor langen Jahren von dieser geheimen Verbindung  
 für das Hannöversche nicht viel Gutes prophezeihten,  
 und deren Vorhersehen sich völlig bestätigt hat.  
 Denn es ist nicht zu verkennen, daß die Desorganis-  
 ation dieses, sonst so glücklichen Landes von der

Zeit anhebt, daß die Mitglieder dieses Ordens einen merklichen Einfluß in der Geschäftsführung des Hannöverschen erhalten haben. Wenn man die, der Druckschrift „Hannover, wie es war 1c.“ vorangeschickten vier Briefe mit dieser Bemerkung verbindet, so entsteht daraus die Vermuthung, daß der Verfasser dieser Hannöverschen Nomenklatur zu der geheimen Verbindung mit gehören möchte, deren ich eben erwähnt habe. Eine andere Bemerkung schließt sich an die eben hergesezte an. Sie ist folgende: daß jener Schriftsteller von der Majorität der Mitglieder der Französisch-Hannöverschen Exekutivkommission, welche zu jenem Orden nicht gehören, und von demjenigen, was das sogenannte Landes-Deputations-Kollegium thut, dem Publiko ein überaus nachtheiliges Bild geliefert habe. Der Verfasser der Druckschrift „Ein Wort zu seiner Zeit 1c.“ müßte also, weil er die im Publiko in Umlauf gebrachten Ideen zu berichtigen, sich angelegen seyn läßt, gegen ihn zu Felde ziehen, wenn er irgend konsequent wäre, weil der Verfasser der Druckschrift „Hannover, wie es war 1c.“ offenbar ein großes, sehr großes Mißtrauen im Lande gegen die sich selbst niedergesezten Auktoritäten hervorzubringen gesucht hat. Allein das Stillschweigen jenes Schriftstellers erklärt sich auf die

natürlichste Art aus einem bekannten Sprüchwort: Ich gehöre mit zu denjenigen, welche dem Verfasser des Pasquills „Hannover, wie es war, ist, und werden wird?“ nicht gefallen. Dieses Mißfallen rechne ich mir mehr zur Ehre, als zur Schande. Der Tadel, welcher meine Person treffen soll, ist zudem von besonderer Art. Jener Tadler hat nämlich keine einzige Thatsache — keine Gründe — angegeben und ausgeführt, woraus dasjenige, nach einer richtigen Logik, in Ansehung meiner, folgt, dessen er mich beschuldigt. Ferner widerspricht er sich offenbar, wenn man aus meinen Meinungen und aus den Gründen, womit ich diese unterstützt habe, ein Ganzes zusammensetzt. Woraus ergiebt es sich, darf ich ihn fragen, die Gewißheit, daß mir der unbändigste, niederträchtigste Egoismus eigen sey? Welchen Begriff vereinigt mein Herr Kritiker mit dem gebrauchten Ausdruck des niederträchtigsten Egoismus? Kann er mir irgend eine niederträchtige Handlung vorwerfen und beweisen? Auf welche Art habe ich jenen Egoismus mit der schlecht vorgehaltenen Larve des Patriotismus stets zu verbergen gesucht? Allen diesen Beschuldigungen, welche offenbar Resultate von faktischen Prämissen ausmachen, ist

keine einzige Thatfache untergelegt, woraus die über mich gezogenen absprechenden Konklusionen irgend folgen müßten. Da sich das Gegentheil dieses unlogikalischen Absprechens aus meinen Handlungen ergibt, so gehe ich sofort zum Beweise meiner Behauptung über, daß der hämische Verfasser des Pamphlets „Hannover, wie es war &c.“ sich in Ansehung des Urtheils, welches er sich über mich zu fällen, erlaubt hat, sich selbst widersprechen. Wenn man die Artikel seines politischen Wörterbuchs über Hannover: „Anleihen“ im 1sten Heft S. 3. und „Landes-Deputations-Kollegium“ im 2ten Heft, Seite 25 \*), wo es eine wahre Landes-Kreditanstalt genannt wird, mit demjenigen zusammenstellt, worüber er mich tadelt, nämlich, daß ich das Rechtsfundament des Landes-Deputations-Kollegii hätte untergraben wollen, so liegt der Widerspruch, dessen er sich schuldig gemacht hat, klar am Tage. In der ersten angezogenen Stelle sagt

---

\*) Ich könnte noch manches andere bemerklieh machen, was hieher gehört; allein ich enthalte mich aller Persönlichkeiten.



sagt er, in Anwendung auf die sogenannten Landesdeputirten; „Glaubst du, daß du ein armer Sünder bist?“ und setzt vorher weitläufig auseinander, daß sie eine wahre Landeskreditanstalt sey, die, zum höchsten Schaden der Kurbraunschweigischen Unterthanen, gereiche. Wenn ich mit ihm von diesem Princip ausgieng, so war es wohl in jeder Hinsicht zu billigen, daß ich untersuchte: ob das sogenannte Landes-Deputations-Kollegium auf einem Rechtsfundament stehe, wel es gar nicht anzunehmen war, daß die rechtmäßige Landesregierung ein nachtheiliges Kollegium für die Unterthanen niedergesetzt haben sollte. Ich habe in den drei Druckschriften, welche, während der Eroberung der Kurbraunschweigischen Staaten durch die Franzosen, von mir herausgegeben worden sind, genugsam gezeigt, daß man den rechtmäßigen Regenten derselben und die von ihm angeordnete Landesregierung sehr beleidigen würde, wenn man annehmen wollte, daß beide ein für das Hannöversische so nachtheiliges Kollegium organisiert hätten, als das sogenannte General-Landes-Deputations-Kollegium ist, und die Provinzial-Landes- und Landschaftlichen Deputationen ausmachen. Ich würde nie ein Wort gegen die, von der Kurbraunschweig-Lüneburgischen Regierung beim Anrücken

der Franzosen, durch das bekannte Rescript vom 2ten Jun. 1803 \*) ernannte Commissarien eingewandt haben, wenn sie in den, ihnen genau vorgezeichneten Gränzen der ihnen aufgetragenen Geschäfte, geblieben wären. Diese Deputation sollte nur eine gewisse Einheit und Uebereinstimmung in demjenigen bewirken, was von den französischen Generalen und Commandanten von den Amts- Gerichts- und Stadtoberkeiten und Kommunen an Lieferungen und damit übereinkommenden Prästationen gefordert werden würde. \*\*) Sie ist aber keinesweges in diesem ihr angewiesenen Geschäftskreise geblieben. Ihre Mitglieder haben die Gränzen des ihnen zu Theil gewordenen Auftrags offenbar und zwar auf das gröblichste überschritten. Die Königl. und Kurfürstl. Braunschweig-Lüneburgische Erklärung vom 11ten Nov.

---

\*) S. meine öffentliche Erklärung und feierliche Verwahrung 2c. S. 49 und 50. Es paßte dieses eventuelle Rescript erst in dem Augenblicke auf die Fürstenthümer Grubenhagen und Göttingen, in welchem der König von Preussen die deutsche Reichsverfassung in Abticht dieser beiden Reichsländer beleidiget haben würde.

\*\*) S. meine Druckschrift: „Wer darf die Einwohner 2c.“ Seite 62 — 74.

1803 und das ältere Betragen der, durch das Regierungsrescript vom 3ten Jun. 1803 ernannten Kommissarien beweisen dasjenige ganz deutlich, was ich so eben behauptet habe. Denn die am 16ten Julius 1803 angeordnete allgemeine Kriegssteuer ist nicht von ihnen, sondern von ganz besondern Landständen der Prälatur, Ritterschaft und großen und kleinen Städten zu Hannover ausgeschrieben worden. Es war also den sogenannten Landesdeputirten zu der Zeit, am 16ten Julius 1803, noch nicht einmal in den Sinn gekommen, daß sie Steuern ausschreiben, und allgemeine Landesschulden, rechtsverbindender Weise, machen konnten. Denn hätten sie geglaubt, daß ihnen diese Befugniß ertheilt worden wäre, warum erließen nicht sie, sondern ein paar Mitglieder der Kalenbergischen Landstände das Ausschreiben wegen einer allgemeinen Kriegssteuer vom 16ten Jul. 1803? \*) Sie verabsäumten dieses zu thun, weil die von der Hannöverschen Regierung ernannten Kommissarien es sehr wohl wußten, daß sie zu alle demjenigen, was sie in der Folge ge-

---

\*) Man sehe hierüber dasjenige gefälligst nach, was ich in der Abfertigung des v. Hedemannschen Zarufs u. S. 17 desfalls gesagt habe.

than haben, nicht die mindeste Rechtsbefugniß hatten. Es ist in Wahrheit keine gleichgültige Sache, wer in einem Lande Steuern ausschreibt und allgemeine Landesschulden kontrahirt. Die völkerver- und staatsrechtlichen Formen können bei beiden Geschäften nie aus den Augen gesetzt werden. Das von dem Verfasser der Druckschrift: „Hannover, wie es war? 1c.“ gebrauchte Gleichniß, um mich zu tadeln, daß ich den Abgang der hergebrachten Form gerügt hätte, ist lächerlich. Ich bin es nicht. Nimmt er von dem ins Wasser gefallenem gnädigen Fräulein, welche jene übergewissenhafte Bediente lieber ertrinken ließen, als durch einen dreisten Griff die schöne Frisur desselben zu verderben, eine Gelegenheit her, um mich, durch diesen Witz, lächerlich zu machen, so wird er es selbst, sobald man in diesem Gleichnisse mit ihm fortgeht. Nach demselben würde das Land das gnädige Fräulein und ihre Frisur die Form der Staatseinrichtung seyn. Ich habe nicht gewollt, daß in ihren Haarpuz gegriffen würde. Ich habe diesen dreisten Griff nicht gewollt, damit das gnädige Fräulein nicht ertrinken möchte, denn von Ketten ist hier die Rede. Nach der eigenen Aeußerung des Verfassers der Druckschrift: „Hannover, wie es war 1c.“ erkaufen aber die Landesdeputirten das gnädige Fräu-

lein — den Kurbraunschweigischen Staat — dadurch, daß sie derselben, da sie nun einmal ins Wasser gefallen ist, nicht nur ihre Frisur verderben, sondern sie auch von allen ihren Kleidungsstücken solchergestalt entblößen, daß das Konkurs-Wasser in alle ihre Poren eindringen, und folglich das gnädige Fräulein — der Hannöversche Staat — ertrinken und untergehen muß.

Am Ende seiner Kritik sagt der Verfasser der Druckschrift: „Hannover, wie es war &c.“ „Eine „jede, dem Lande nützliche Anwendung sey formgerecht.“ Ohne mich dabei aufzuhalten, daß man nichts formgerecht nennen könne, was gar keine Form hat und haben darf, wie z. B. deutsche Landstände sind, wo der Landesherr fehlt, und daß das vorgeschobene Princip ganz jesuitisch und tadelnswerth sey, indem der Zweck die Mittel bekanntlich nicht heiligt, so paßt dasselbe nicht einmal auf den vorliegenden Fall, weil es mein Gegner selbst behauptet und bewiesen hat, daß die sogenannten Landesdeputirten keine nützliche, sondern eine schädliche Anstalt für das Hannöversche sey. Er merkt auch gar bald den Widerspruch, dessen er sich hier schuldig gemacht hat, weil er sofort hinzufügt: die Anordnung der Landesdeputirten wäre ein bloßer

Kurbraunschweigischer Regierungs-Versuch gewesen, um, durch sie, etwas Ersprießliches für die Landesunterthanen auszurichten. War diese Anordnung ein bloßer Versuch, so mußte sie sofort anhalten, da sich das Gegentheil der gehegten Regierungsabsicht zeigte. Die von der Kalenbergischen Specialregierung \*) beauftragten Deputirten mußten folglich, selbst nach dem Willen ihrer Kommittenten, ihre Funktionen sofort einstellen, da sich aus ihrer Existenz ein dermaßen nachtheiliges Resultat ergab, daß es der einfältigste Hannöverische Unterthan einzusehen vermochte. Die, von der Kurbraunschweigischen Regierung ernannten Kommissarien hätten sich folglich längst zur Geschäftsführung für unfähig erklären und ihre nothwendige Unthätigkeit dem Eroberer staatsrechtlich darlegen; nicht aber die Gränzen ihres Auftrages so auffallend, wie sie es gethan haben, überschreiten, und sich noch weniger zu einer General-Landesdeputation konstituiren sollen, die der rechtmäßige Regent der Kurbraunschweigischen Staats

---

\*) Es bleibt bemerkenswerth, daß eben diese Regierung für das Cellische, Lüneburgische, Hoya'sche und Diepholzische keinen Kommissarien bestellt habe, wie für das Kalenbergische geschehen ist.

ten nie organisirt hat, und die das Hannöberische Staatsministerium, vermöge seiner Instruktion, nicht einmal organisiren durfte und konnte. Mein würdiger Schwager, der Präsident der Bremischen Ritterschaft, v. Schulte, hatte den neuen Hannöberischen Regenten ein nachzunehmendes Beispiel gegeben, indem er bald nach der Okkupation der Herzogthümer Bremen und Verden durch die Franzosen, sein wichtiges Staatsamt freiwillig niedergelegt und sich ganz aus dem öffentlichen Geschäftsleben in den Privatstand rühmlichst zurückgezogen hat. Endlich muß es sehr auffallen, daß der Verfasser der Schmähschrift „Hannover, wie es war 2c.“ mich so heftig habe tadeln können, wie er es im 1sten Hefte Seite 33. und in dem zweiten Hefte, S. 24, gethan hat, da er doch gleich im 2ten Hefte, S. 52 behauptet, daß ich den Herrn v. Hedemann zwar auf eine derbe, allein siegreiche Art abgefertigt hätte. Hier ist der Widerspruch, dessen sich mein Herr Kritiker schuldig gemacht hat, zu einleuchtend, als daß ich nöthig haben sollte, noch etwas über die Materie — das Objekt — sagen zu müssen. Also noch ein Wort zum Schluß über die Person, die mich so heftig getadelt hat — über das saubere Subjekt. Ich war bei der Feierlichkeit, welche wegen der Erhebung des Durch-

lauchtigsten Hauses Hessen, zur Kurwürde des heil. Röm. Reichs in Kassel Statt hatte, auf höchsten Befehl, als Mitglied der Hessischen Ritterschaft, anwesend. \*) Ich lernte in dem Wirthshause, wo ich logirte, einen Mann kennen, der auf seinem Gesichte und in seiner ganzen Figur das Gepräge seines Lebens „Hannover, wie es war u.“ treulich trägt. Er suchte meine Bekanntschaft. Ich war über die genaue Kenntniß verwundert, welche ihm von Sachen und Personen des Hannöverschen bewohnte. Besonders war er gegen den Landrath von der Wense, einen Bruder des geheimen Kammerraths gleiches Namens aufgebracht. Wie ich mich nach ihm näher erkundigte, vernahm ich, daß er ein Schriftsteller und ein Mitarbeiter einer in Braunschweig herauskommenen Zeitung seyn sollte. Er zeigte sich aber gar bald in der Uniform, welche die Mitglieder der Preussischen Legationen tragen, und gab sich daher für einen Preussischen Legationssekretär aus, welcher in Kassel diplomatische Aufträge habe. Ich sah ihn aber nicht am Hofe. Wie ich ihm über dieses Nicht

---

\*) S. die Zeitung für die elegante Welt vom Jahre 1803. Nr. 64. S. 506.



erscheinen meine Verwunderung bezeugte, wollte er mir dieses dadurch erklären, daß er eine Privataudienz bei beiden Kurfürstlichen Durchlauchten zu Hessen gehabt habe, worin er besondere Glückwünschungsschreiben von beiden Preussischen Majestäten zu überreichen gehabt hätte. Ich ließ diese Antwort auf sich beruhen. Ich konnte ferner diesem neuen Bekannten mein Erstaunen nicht genug darüber zu erkennen geben, daß er die Einnahme des Hannöversischen durch die Franzosen laut wünschte, weil dadurch, nach seiner Meinung, die Vereinigung desselben mit den Königl. Preussischen Staaten würde bewirkt werden. Ich verließ Kassel, und wie ich mich nach einiger Zeit dort wieder einfand, war der sogenannte Königl. Preussische Legationssekretär, der mit dem Preussischen Staatsminister, Grafen von der Schulenburg, Rehnert, in besonderer Verbindung zu stehen, und besondere Aufträge des Preussischen Hofes an den Kurhannöversischen zu Hannover gehabt zu haben, und noch zu haben, vorgab; daher er mit dem Staatsminister von Ahrenswaldt konferirt hätte, und, um diese Konferenzen fortzusetzen, nach Hannover zurückzugehen behauptete, noch daselbst anwesend. Ich erneuerte die gemachte interessante Bekanntschaft, besuchte ihn

in dem Privatquartier, das er sich genommen hatte, und erfuhr von ihm, bei diesem Besuche, daß er eine Piece geschrieben und dem Druck übergeben hätte, welche den Titel führe: „Hannover wie es war, ist, und werden wird.“ Dieses viel-sagende Aushängeschild spannte meine Neugierde auf's höchste, und ich bat mir daher die Durchlesung dieser Druckschrift von dem sogenannten Preussischen Legationssekretär aus. Er wollte sie mir einhändigen, und fing desfalls unter seinen Papieren an zu suchen. Er fand sie aber nicht, vermuthlich, weil sie damals noch ein literarischer Embryo war, versicherte, sie verlegt zu haben, versprach sie mir zu schicken, welches Versprechen er aber nicht gehalten hat, und händigte mir dagegen eine andere, von ihm geschriebene Druckschrift ein, welche den Namen „Election“ führte, und über den Werth der Vernunftreligion handelt. Bei meiner dritten Anwesenheit zu Kassel, im Sommer 1803, war der sogenannte Preussische Legationssekretär, welchen die Kurbraunschweigischen Kammerherren, von Bothmar und von dem Busche persönlich kennen, weil sie mit ihm an einer Gasttafel, über das Hannöversche, in einen heftigen Wortwechsel gerathen sind, mit Hinterlassung vieler Schulden, von da verschwunden, da man ihm von

der Kasselschen Polizei, aus einer, ihm nicht viel Ehre bringenden Ursache angedeutet haben soll, sich zu entfernen. Nach demjenigen, was ich von dem Inhalte der Schmähschrift: „Hannover, wie es war ic.“ und von seinem wahrscheinlichen Verfasser gesagt habe, wird ein jeder leicht urtheilen können, wessen Geistes Kind er sei, ob ihm gleich jeder achtsame Leser seiner Druckschrift das Zeugniß nicht versagen wird, daß er ein geistreicher Kopf sei, vorzügliche Talente und mannigfaltige Kenntnisse besitze, sich sehr viele Notizen über Hannover zu verschaffen gewußt habe, sehr oft richtig urtheile und eine große Gabe besitze, bei einem sehr guten Vortrage, Sachen und Personen in das nachtheiligste Licht zu stellen.

### S c h l u ß.

Es ist durch dasjenige, was ich in dieser Druckschrift an- und ausgeführt habe, allen denjenigen hoffentlich hinlänglich geantwortet worden, welche sich bewogen gefunden haben, wegen meiner gedruckten öffentlichen Erklärung und feierlichen Verwahrung ic. und durch dasjenige, was ich, in Gemäßheit und bei Gelegenheit derselben ferner habe drucken lassen müssen, gegen mich öffentlich aufzutreten. Ich bleibe

dabei, daß die von mir, als einem deutschen Land-  
 stande geäußerte Meinung so wenig in rechtlicher,  
 als politischer Hinsicht, irgend einen Tadel ver-  
 diene. Sie kann, in jener Hinsicht, keinem Zwei-  
 fel ausgesetzt seyn, und in dieser ist sie eben so  
 richtig. Denn wenn der Kurfürst von Brandenburg  
 bei seinem reichsverfassungsmäßigen Widerspruche ge-  
 blieben wäre, und folglich den Franzosen einen Durch-  
 zug durch sein Reichsgebiet, das Fürstenthum Hildes-  
 heim, nicht erlaubt hätte, um die Fürstenthümer  
 Grubenhagen und Göttingen zu erobern, so würde  
 daraus kein Krieg der Preussischen Monarchie mit  
 der französischen Regierung entstanden seyn. Für  
 letztere war die Okkupirung dieser beiden Fürsten-  
 thümer ein viel zu geringer und unbedeutender Ge-  
 genstand, um dadurch veranlaßt zu werden, sich mit  
 dem Könige von Preußen zu überwerfen, und einen  
 Landkrieg zu erneuern, welchen Frankreich, nach ei-  
 ner sehr einleuchtenden Staatsklugheit, eben so sehr  
 zu vermeiden Ursache hat, als ihn England, nach ei-  
 ner eben so einleuchtenden Politik, in Thätigkeit zu  
 setzen wünschen muß. In einem Fall, in welchem  
 das Rechtmäßige mit einer geläuterten Staatsklug-  
 heit in einer so genauen Uebereinstimmung steht, als  
 es sich, in Ansehung der Nichtbesetzung der Fürsten-

thümer Göttingen und Grubenhagen zeigt, da hatte ich wohl die gegründetste Ursache, ja, als Landstand, die heiligste Pflicht auf mir, mich so zu benehmen, als ich gethan habe. Wie groß aber der Vortheil, nicht nur für die Grubenhagischen und Göttingischen Unterthanen, sondern auch für die übrigen Einwohner der Kurbraunschweigischen Staaten, für das Hannöversche Militär und für alle Gränznachbarn \*) beider Fürstenthümer gewesen seyn würde, wenn diese deutschen Reichslande mit dem namenlosen Unglücke der französischen Okkupation verschont geblieben wären, das braucht wohl keines weitern Beweises. Man wird diese Wahrheit empfinden, wenn man nur ein menschliches Gefühl hat; wie vielmehr noch, wenn man wahren Patriotismus in seinem Busen fühlt. Wäre der Fall, wovon ich bisher geredet ha-

---

\*) Diese beiden ganz vorzüglich durch die französische Besetzung des Hannöverschen. Eine faktische Wahrheit, die nicht tief genug beherzigt werden kann, wenn von der Rechtmäßigkeit oder der Unrechtmäßigkeit desjenigen die Rede ist, was die französische Regierung gegen die unglücklichen, nicht Englischen, sondern Kurbraunschweigischen Unterthanen, d. i. gegen ächte Deutsche gethan hat.

be, eingetreten, so würde meines Lobes wol kein Ende gewesen seyn. Kann ~~es~~ aber für den Ausgang \*) einer Voraussetzung einsehen, welche, in rechtlicher und politischer Hinsicht, zu billigen war. Meine öffentliche Erklärung und feierliche Verwahrung u. hat die Franzosen in die Fürstenthümer Göttingen und Grubenhagen gewiß nicht gebracht. Konnten sie dieselben besetzen, so würden sie in solche eingerückt seyn, wenn jene auch nie erschienen wäre. Alles dasjenige, was, entweder gegen mich feindselig gesinnte, oder bloß sinnliche und furchtsame \*\*) Menschen geredet und geschrieben haben mö-

---

\*) Nach der Logik des Pöbels, er sei von schlichter, oder titulirter Geburt, d. i. vom Hoch- bis zum Edelgebirnen abwärts, ist man nach dem Ausgange einer Sache entweder ein Gott, oder ein Teufel. Meine Herren Gegner, wes Standes sie seyn mögen, finden hier die beste Antikritik meines kritisirten Verhaltens bei der Okkupirung der Kurbraunschweigischen Staaten durch die Franzosen.

\*\*) Diese Gemüthsstimmung ist wohl daran Schuld gewesen, daß es einigen boshaften Menschen geglückt seyn mag, auf einen Augenblick einen Theil des Publikums gegen mich einzunehmen.

gen, kann folglich überall nicht beachtet werden. Ich werde daher nicht eher ein Wort wieder darüber verlieren, als bis gegen meine Meinung Gründe angeführt seyn werden, die ich noch immer vermiße. Wasquillantische Aeußerungen über meine Person, verdienen keine weitere Antwort. Die nochgebrängten Brochüren, und Schmähschriftschreiber mögen ihre stupide Bosheit gegen mich fortsetzen; ich halte es unter meiner Würde, dieser noch etwas entgegenzustellen. Wie ich im Jahre 1793 bis 1796 die Einsicht, den Muth und die Entschlossenheit hatte, eine, der damaligen ~~eraltirten~~ Leidenschaftlichkeit so sehr ~~widerstrebende~~ Meinung, deren genaue Befolgung demnächst so vielen Segen über das nördliche Deutschland verbreitet hat, zu äußern, da sollte ich ein Volksaufwiegler, ein Majestätsverbrecher, ein Hochverräther, und was weiß ich's? alles mehr seyn \*), Die Zeit, die oft weit mehr, als die Menschen thut, hat mich völlig gerechtfertigt, und meinen wahren

---

\*) Ich muß sehr angelegentlich bitten, die zur 267 und 268 Seite der Druckschrift: Ueber die von Berlepsche Verbannung aus den Kurbraunschweigischen Landen (1801.) gehörende Note hier besonders zu erwägen.

deutschen Patriotismus klar an den Tag gelegt. Gibt es noch ein Mittel, um das unbeschreibliche Unglück und Elend meiner Landsleute zu mildern, wo ist es anders, wenn man auf Gründe zurück sieht, (und sollten diese schon jetzt durchaus politische Konstrebande seyn?) als in meinem zu Rastadt übergebenen Memoire \*) zu finden? Kann eine ganze Nation — und mehr, als eine Million Hannoveraner verdient doch wol diese Benennung — dem uneingeschränkten Kurbraunschweigischen Rechte des Krieges, der Bündnisse und des Friedens aufgesopfert und sie auf diese Art zu Nichts gemacht werden? Was soll endlich aus Euch, ihr braven Menschen von allen Ständen im Hannoverischen werden? Gehört ihr noch zu Deutschland, oder nicht mehr zum Reichsverbande, ob ihr gleich Reichs- und Kreissteuer bezahlet? Seid ihr etwa mit England vereinigt, oder weist euch das Großbritannische Parlament auch zurück? Oder macht ihr einen, ganz für sich bestehenden Staat aus, der weder Deutschland, noch England angehört? Bringt diese

---

\*) S. Fernere wichtige Aktenstücke in meiner Rechtsache, (1798.) S. 25 u. f. w.



Fragen, auf eine verfassungsmäßige Art, zur verfassungsmäßigen Entscheidung, nachdem ihr eine unfruchtbare Geduldsprobe von beinahe anderthalb Jahren abgelegt habt, in welcher sich keiner Eurer angenommen hat. Ihr könnt nicht länger zwischen Himmel und Erde hängen. Ihr müßt endlich wissen, woran ihr seid. Keiner kann es von Euch verlangen, daß ihr Euch, Euren Kindern, und Kindes Kindern, wegen einer Fehde, die Euch durchaus nichts angeht — für ein, Euch ganz fremdes Interesse — die Kehle abschneiden, oder zuschnüren lassen sollt. Dieses Resultat kommt aber heraus, wenn Euer Zustand der bleibt, wie er jetzt ist. Ein Zustand, der noch lange derselbe seyn kann, weil der gegenwärtige, sehr passive Krieg zwischen England und Frankreich, der ein Handlungskrieg in seiner Entstehung, und ein Finanzkrieg in seinem Ausgange ist, von langer, sehr langer Dauer seyn wird, und seyn muß.

---

## A n l a g e I.

## P r o M e m o r i a

aus dem sogenannten Kalenberg : Grubenhagenschen  
Landes : Deputationskollegio.

Es ist gewiß in unserm ganzen bedrückten Vaterlande wol nur Eine Stimme darüber, daß es in jeder Hinsicht recht sehr zu wünschen stehe, daß die bisherige Ordnung und Administration erhalten werde. Auch glauben die hier versammelten Deputirten der Kurhannoverschen Landschaften mit Sicherheit darauf rechnen zu dürfen, daß keine fremde Administration in den hiesigen Landesprovinzen eintreten werde, so lange sie zur Herbeischaffung der erforderlichen Fonds zu rathen im Stande sind. Nur halten sie sich überzeugt, daß neue Steuern nicht füglich angelegt werden können, ohne daß der Wohlstand der Landes : Unterthanen ganz zu Grunde gerichtet wird. Um so angelegentlicher ist denn aber auch der Wunsch, daß durch Anleihen die erforderlichen Mittel zur Bezahlung des Soldes und zur Verpflegung der französischen Armee mögen herbei geschafft werden können.

Vielleicht befinden sich in dem dortigen Amts : oder Gerichtsdistrikte noch mehrere Privatpersonen, die Ein oder mehrere Hundert Thaler in Louisd'or oder andern Münzfor-

ten zinslos liegen haben, welche sie gern in sichere Verzinsung zu 4 Procent geben, wenn ihnen nur deren Unterbringung erleichtert wird, ohne daß sie deshalb den beschwerlichen Weg hither zu machen gendthigt werden. Zu der Herren Beamten patriotischen Gesinnung hegt denn das Kalenberg - Grubenhagensche Landes - Deputationskollegium das Vertrauen, daß dieselben gern geneigen werden, selbst oder sonst durch irgend einen zuverlässigen Mann darüber Erkundigungen einzuziehen, und die Inhaber von größern oder kleinern Kapitalien zur Herleiung ihrer zinslos liegenden Gelder durch diensame Vorstellungen zu ermuntern. Die Herleiher dürften wol wünschen, daß ihre Gelder dort unmittelbar beim Amte oder Gerichte angenommen und ihnen darüber ein Interimschein von Seiten des Amtes oder Gerichts gegeben werde. Man ersucht daher die Herren Beamten, sich dieser Bemühung gefälligst zu unterziehen, und wird man zur Auswechslung der dort auszustellenden Interimsscheine sofort nach erfolgter Einsendung der Gelder die gewöhnlichen Interimsscheine von hieraus übermachen lassen.

Uebrigens begreift man sehr wohl, daß baare Auslagen und andere Kosten unvermeidlich seyn werden, wenn beträchtliche Geldsummen zusammen gebracht werden sollen. Es wird daher die Versicherung ausdrücklich hinzugefügt, daß jeder baare Kostenaufwand dankbar vergütet werden soll. Und man hält dafür, daß es vielleicht eine angemessene Vergütung seyn mögte, wenn etwa bei Summen unter 5000 Thaler nur 1 Procent, hingegen bei größern Summen von 5000 Thalern und darüber 2 Procent von 10,000 Thalern und darüber 3 Procent, von 15,000 Thalern und darüber 4 Procent und von 20,000 Thaler und darüber 5 Procent, jedoch alles mit Einschluß der den Her-

leihen selbst nach Befinden der Umstände etwa zuzubilligen-  
den Provision, hiemit expromittirt werden. Diese Vergüt-  
tung kann gleich, so wie solche Summen von resp. 1000 bis  
5000 und von 5000 bis 20,000 Thalern an die hiesige Land-  
renterei mit der Post unfrankirt eingesandt werden, decour-  
tirt und nur der gemachte Abzug gehörig bemerkt werden.

Ueber die Sicherheit, der bei der Kalenberg = Grubenhä-  
genschen Landschaft zu belegenden Gelder, wird man sich wol  
nicht erst äußern dürfen. Die Herren Beamten kennen die  
hiesige Landesverfassung selbst zu gut, als daß in dieser Hin-  
sicht irgend eine Bedenklichkeit obwalten könnte. Auch sind  
die hiesigen Steuerprincipia zu allgemein bekannt, als daß  
es der Versicherung bedürfen sollte, daß selbst auf den Fall,  
da auch selbst die Rentenirer als solche sollten mit besteuert  
werden müssen, man dießseits Kapitalisten, die in den hie-  
sigen Landen ihre Gelder in Zinslauf bringen, nie stärker  
zur Mitleidenheit herbeiziehen werde, als diejenigen, die sie  
etwa auswärts belegen. Schließlich wird sich das Landes-  
Deputationskollegium angenehm seyn lassen, wenn die Herren  
Beamten bald = möglichst den Wunsch desselben zu erfüllen  
sich angelegen seyn lassen.

Hannover, den 9. Junius 1804.

Aus dem Kalenberg = Grubenhagenschen  
Landes = Deputationskollegio.

Christoph, Abt zu Loccum.

Bibl. d. TU.  
Braunschweig

# A n l a g e II.

---

**Protokoll und Zeugniß**  
wegen des von dem Kalenbergischen Herrn Hofrichters auch Land- und Schatzraths von Berlepsch zu Berlepsch nachgesuchten gerichtlichen Zeugnisses, wegen des Mangels seines persönlichen Antheils an dem Rechtsstreite der Gemeinde Mollenfelde, wider das Kurhannoversche Amt Brackenberg.

---

**Actum.**

Berlepsch, den 1. Febr. 1799.

In dem Adlichen von Berlepschen Gerichte.

Der Kalenbergische Herr Hofrichter auch Land- und Schatzrath von Berlepsch übergab die sub Nro. 1. angelegte gemüßigte Bitte um ein gerichtliches Zeugniß in forma probante nebst 2 Druckschriften.

Worauf

nach Einsicht und Retradition der übergebenen beiden Druckschriften resolvirt worden, in Gegenwart der, auf dem, morgenden Tages gehalten werden sollenden Rugengerichte erscheinenden Gemeindeglieder aus Mollenfelde Hochfürstl. Hessischen Antheils, einige der glaubhaftesten Gemeindeglieder, über den Inhalt des nachgesuchten Attestats, zu vernehmen ut supra

in fidem

G. E. Suntheim.

## Continuatum.

Hübenthal, den 2. Febr. 1799.

Sind von denen, auf dem heutigen von Berlepschen Ruzengerichte versammelten Mollenfeldischen Gerichts = Hintersassen, der Gerichtschöffe Bernhardt Theune, imgleichen Christoph Fülling, und Johann Henrich Friedrich, in Gegenwart der übrigen erschienenen Mollenfeldischen Gemeindeglieder Hochfürstl. Hessischen Antheils, befragt:

ob der Herr Hofrichter auch Land- und Schatzrath von Berlepsch zu Berlepsch, bei dem Proceß der Hannöverschen und Hessischen Unterthanen zu Mollenfelde, mit dem Königl. Kurfürstl. Braunschweig Lüneburgischen Amte Brackenberg, wegen einer von diesem einseitig geschehenen Ausweisung von Gärten in der Landwehre, interessirt sei?

worauf selbige erwiederten: das Amt Brackenberg hätte vor einigen Jahren das Holz auf einem Theil der Mollenfeldischen Landwehre anweisen lassen, und darauf einen Theil dieser Landwehre unter einige Hannöversche Unterthanen vertheilt, auch Graben vor die daran stoßende Ländereien gemacht, so daß sie zum Theil auf solche ohne Beschwerde nicht kommen können. Es sei aber das in der Landwehre gestandene Holz, vor diesem, unter die Mollenfelder Gemeindeglieder gemeinschaftlich vertheilt worden, und hätten sie die Landwehre vorhin gemeinschaftlich gehütet. Dieserhalb hätten die Hessischen und Hannöverschen Dorfbewohner, sich durch jene Ausweisung an ihrem Recht gekränkt gefunden und deshalb Klage erhoben. Da nun der mehrerwähnte Herr Hofrichter auch Land- und Schatzrath von Berlepsch, zu Mollenfelde, für seine Person keine Mithude und Behölgungsgerechtigkeit in der qu. Landwehre exercirt hätte, und die Gütter seiner Hintersas-

sen, wobei jene Hube und Beholzigungsgerechtigkeit benützt worden, Zinsgüther wären, wovon besagter Herr Hofrichter auch Land- und Schatzrath von Berlepsch einen bestimmten Geld- und Frucht- Canonem, nebst dem Zehenden, der ihm vor Mollenfelde zustehet, bezöge; so sei ganz handgreiflich, daß derselbe für seine Person keinen Schaden von der Ausrottung der qu. Landwehre haben könne, mithin bei dem Ausgange dieses Processus nicht interessirt sei, welche Deposition Deponentes sowohl, als die übrigen anwesenden Mollenfeldischen Gemeindeglieder Hochfürstl. Hessischen Antheils, *facta praelectione* als der Wahrheit gemäß bekräftigen.

---

Wird dem Kalenbergischen Herrn Hofrichter auch Land- und Schatzrath von Berlepsch das auf dessen am 1sten dieses überreichte Exhibitum aufgenommene Protokoll in forma probante abschriftlich, zugleich aber auch das verlangte gerichtliche Attestat erkannt *actum et decretum ut supra*.

Abt. von Berlepsches Gericht.

G. C. Suntheim.

**Continuatum.**

Fahrenbach, den 5. Febr. 1799.

Wurde das erkannte Attestat sub Nro. 2. ausgefertigt  
ut supra

in fidem et pro Copia.

G. C. Suntheim.

Praes.

Nro. 1.

Berlepsi, den 1. Febr. 1799

## Zum Hochadelichen 2c.

Es ist es als eine notorische Sache bekannt: sowol, daß ich meiner Hofrichterstelle von dem Herrn Herzog von Kalenberg entlassen bin, als daß die, aus Hannöverschen und Hessischen Unterthanen und Hinterlassen bestehende Compro-  
miß = Gemeinde Mollenfelde mit dem Königl. und Kur-  
fürstl. Braunschweig = Lüneburgischen Amt Bracken-  
berg bei Gelegenheit einer von diesem einseitig geschehenen Auswei-  
sung von Gärten in der Landwehre in Streit und Proceß  
bei dem Kalenbergischen Hofgerichte zu Hannover, vor langer  
Zeit, in pto. turbatae possessionis et spoli, ratione der,  
von der implorantischen Gemeinde behaupteten Triftgerech-  
tigkeit mit Rindvieh, Schweinen und Gänsen, der verlangten  
Befugniß, daselbst Lehm zu graben und des behaupteten  
Rechts des Wasserlaufs in dem Graben, welcher in der qu.  
Landwehre befindlich ist, gerathen sei. In den anliegenden  
zwei Druckschriften, als:

- a) Altenmäßige Berichtigung 2c. S. 20, 21 und 25. und
  - b) von Martens Betrachtungen über mein zu Ras-  
stadt übergebenes Memoire, S. 13 und 14
- wird behauptet;

daß ich in dieser, mich persönlich angehenden Sa-  
che, mich einer Justizverzögerung schuldig gemacht  
hätte.



Wenn nun gleich der eben erwähnte Rechtsstreit meine Hinterlassen zu Mollenfelde mit angeht; so ist es dennoch eine eben so ausgemachte Wahrheit, daß diese Sache mich persönlich durchaus nicht betrifft, und daß ich bei ihrem Ausgange nicht den mindesten Vortheil oder Schaden habe, indem alles dasjenige, welches meine Mollenfelder Gutsleute bestimmt mir zu leisten haben, nicht vermindert und nicht erhöht wird, gesetzt auch, daß die sich in Streit befindlichen Gerechtigkeiten für die Gemeinde Mollenfelde verloren oder gewonnen werden sollten.

Ich darf es mir daher von Ew. rc. Gerechtigkeitspflege erbitten:

mir, allenfalls nach vorhergegangener Vernehmung meiner Hinterlassen zu Mollenfelde, ein gerichtliches Zeugniß, in forma probante, zu ertheilen,

daß die Eingangs benannten Streitigkeiten mich persönlich durchaus nicht angehen, und daß ich bei ihrem Ausgange überall nicht interessirt sei.

Als worüber rc.

F. L. von Berlepsch.

Gemüßigte Bitte  
um ein gerichtliches Zeugniß in forma probante

ab Seiten  
des Kalenbergischen Hofrichters auch  
Land- und Schatzraths Friedrich Ludwig von Berlepsch.

Mit 2 Druckschriften, welche  
zurück erbeten werden.

Nro. 2.

Auf Ansuchen des Kalenbergischen Herrn Hofrichters auch Land- und Schagrathe von Berlepsch zu Berlepsch, wird hiedurch von Gerichtswegen bezeugt: daß derselbe für seine Person, nicht den geringsten Nachtheil von der Ausrottung der Mollenfelder Landwehre zu befürchten habe; mithin, bei dem, deshalb, zwischen der Gemeinde Mollenfelde und dem Königl. Kurhannöverschen Amte Brackenberg, entstandenen Prozesse, überall nicht persönlich interessirt sei.  
Signatum Fahrenbach, den 5. Febr. 1799.

(L. S.)

Abt. von Berlepsches Gericht.

G. C. S un t h e i m.

# A n l a g e III.

## A n t w o r t s c h r e i b e n des Buchhändlers Friedrich Hermann Nestler zu Ham- burg an den Hofrichter von Berlepsch.

Hamburg, den 25. Mai 1804.

Ew. Hochwohlgeboren

Verlangen von mir den Verfasser der Brochüre: „Kritik der in Beziehung auf das von den Neufranken occupirte Kurfürstenthum Hannover erschienenen Flugschriften,“ zu erfahren. Wie es nun einmal bei dergleichen Schriften geht. Die Verfasser nennen sich nicht, und schicken ihre Sachen durch die dritte Hand. Der Verleger ist nie gehalten, zu untersuchen, in wie fern dieser oder jener in seinen Behauptungen Recht oder Unrecht hat, da niemand sich dergleichen gefallen läßt. Was man allenfalls thun kann, ist: den Druck abzulehnen, den ein anderer sogleich übernimmt. Für den, in einer solchen Schrift Angegriffenen entsteht aber daraus kein Gewinn, wol aber ein wahrscheinlicher Schade für den allzu Gewissenhaften.

Ich glaube mich in einer Unparteilichkeit und Uneigennützigkeit halber am besten bei Ihnen rechtfertigen zu können, wenn ich Sie auf die Kritik der beiden vom Dr. Seumnich geschriebenen und in meinem Verlage erschienenen Brochüren, welche sich S. 21 ff. in beregter Schrift befindet, aufmerksam mache. Wie leicht wäre es mir gewesen, darin zu streichen und das Nachtheilige für meinen Debit zu mildern; wie leicht hätte ich den Dr. Seumnich, welcher in je-

der Hinsicht mein Freund ist, darauf aufmerksam machen und eine Vertheidigung anhängen können; allein es war nicht meine Sache und ich ließ dem Verfasser der Kritik auch hier seine Meinung, welche vielleicht grundfalsch ist. — Aus diesem Grunde konnte ich mich auch nicht auf Moderirung anderer Stellen einlassen und druckte, alles wie es war. Hätte ich Bekanntschaft mit dem Verfasser, oder könnte ich noch erfahren, wer er wäre: so hielt ich es allerdings für Pflicht, ihn Rechenschaft gegen Sie ablegen zu lassen, um seine Behauptungen wahr zu machen, die Sie nicht anerkennen wollen. Da dies aber nicht möglich ist: so muß ich freilich zugeben, daß Sie, wie es Ihnen gut dünkt, gegen mich verfahren, und ich bin nicht im mindesten besorgt, daß meine Ehre darunter leiden wird, so wie ich mich jetzt überzeugt halte, daß der Druck unserer etwaigen Streitsache, mir die Proceßkosten ersetzen wird. Aber ein Mann wie Sie, geachtet und geehrt in der Welt, wird nicht mit mir, einem Unparteiischen hadern, wird nicht gegen einen, vielleicht nothbedrängten, Brochürenschrreiber öffentlich auftreten, der anonym ihn angegriffen hat. Das läßt sich nicht erwarten. Das würde Ihnen ein jeder verdenken, und das Für sowol als das Wider in einer längst vergessenen Sache nur noch mehr aufs neue in Anregung bringen. — Ich bitte Sie daher, im Bewußtsein Ihres eigenen Werths, diese unbedeutende Sache ruhen zu lassen und meiner Seite die Versicherung der vorzüglichsten Achtung und Ergebenheit anzunehmen, mit welcher ich bin

Ihr

bereitwilligster Diener.

F. H. Restler.

